Nr. 1 – Februar/März 2008 | 2 Euro

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus und Antimilitarismus der DFG-VK

Den Widerstand gegen Krieg innerhalb der US-Armee stärken!

Die pazifistische Grundsatzerklärung: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

INHALT

TITEL

Den Widerstand gegen Krieg innerhalb der US-Armee stärken

4 Elsa Rassbach, in Berlin lebende US-Amerikanerin und DFG-VK-Mitglied, beschreibt den wachsenden Widerstand von GIs gegen die Kriege im Irak und in Afghanistan – und wie die deutsche Friedensbewegung aktiv werden kann/soll/muss

9 Der US-Deserteur Agustín Aguayo hat den Stuttgarter Friedenspreis erhalten – Roland Blach berichtet von der Preisverleihung

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

11 Seit November ist Werner Glenewinkel neuer Vorsitzender der Zentralstelle KDV – Stefan Philipp sprach mit ihm über KDV, Gewissensfreiheit und Menschenrechte

14 „Deutschlands Freiheit wird auch am Hindukusch verteidigt“ und bricht dabei Völkerrecht, wie die Sanitätssoldatin Christiane Ernst-Zettl erfahren musste – Jürgen Rose schildert den Fall

FRIEDENSSTRATEGIEN

16 Was kann die Friedensbewegung gegen den Krieg in Afghanistan tun? – Robert Hülsbusch berichtet über die Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

ABRÜSTUNG

18 Die Waffenproduzenten sollten boykottiert werden – meint der ehemalige stellvertretende UN-Generalsekretär für Abrüstungsfragen Jayantha Dhanapala im Interview mit Guido Grünewald

RUBRIKEN

14 Kolumne von Tobias Pflüger

DFG-VK-Intern:

20 5555,55 - Roland Blach stellt die Mitgliederkampagne der DFG-VK vor

22 Die DFG-VK-Homepage wurde komplett überarbeitet und neugestaltet - Monty Schädel präsentiert die Neuerungen

WEGWEISER

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle
Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt, Telefon 069-27298231, Telefax 27298232, eMail office@dfg-vk.de; Mo.-Fr. 9-15 Uhr

Politischer Geschäftsführer
Monty Schädel, c/o DFG-VK, Hermannstr. 36, 18055 Rostock, Telefon 0177-8871014, eMail schaedel@dfg-vk.de

Internet-Homepage
www.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail Stiftung@dfg-vk.de

DFG-VK-Solidaritätsfonds für Totale Kriegsdienstverweigerer
c/o DFG-VK-Geschäftsstelle (Adresse s.o.)

Bundesrepublik ohne Armee
BoA-Agentur Nord, Postfach 1426, 24904 Flensburg, eMail initiative@bundeswehrabschaffen.de

BoA-Agentur Süd, c/o DFG-VK München, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, eMail muenchen@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverbände

DFG-VK-Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstraße 6, 70188 Stuttgart, Telefon 0711-2155112, Telefax 0711-2155214, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/lv-bawue

DFG-VK-Landesverband Bayern, Schwanthalerstraße 133, 80339 München, Telefon 089-89623446, eMail bayern@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/bayern

DFG-VK-Landesverband Berlin-Brandenburg, Karl-Kunger-Straße 18, 12435 Berlin, Telefon 030-61074411, Telefax 030-61074410, eMail dfgvk@bamm.de, Internet www.bamm.de

DFG-VK-Landesverband Bremen/Niedersachsen, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Telefon 0421-5964961, eMail nds-hb@dfg-vk.de, Internet www.friedennordwest.de

DFG-VK-Landesverband Hamburg/Schleswig-Holstein, Exerzierplatz 19, 24103 Kiel, Telefon 0431-96688, eMail lv.hh-sh@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt, Telefon 069-431440, Telefax 069-4990007, eMail dfgvkhessen@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Hermannstraße 36, 18055 Rostock, Telefon 0177-8871014, eMail mv@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund, Telefon 0231-818032, Telefax 0231-818031, eMail dfg-vk.nrw@t-online.de

DFG-VK-Landesverband Ost, c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus, 04416 Markkleeberg, Telefon 034299-76637, eMail lvost@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband Rheinland-Pfalz, c/o Jürgen Locher, Sigismundstraße 12, 55543 Bad Kreuznach, Telefon 0671-45425

DFG-VK-Landesverband Saarland, Postfach 100621, 66104 Saarbrücken, Telefon 0681-35958 (jeden Donnerstag von 19 Uhr bis ca. 20 Uhr), eMail saar@dfg-vk.de

IMPRESSUM

Redaktionsanschrift
ZivilCourage, Postfach 900843, 21048 Hamburg, Telefon 040-18058287, Telefax 01212-5719460 95, Skype(-Name) zivilcourage, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de

Herausgeberin
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK e.V.), Kasseler Straße 1A, 60486 Frankfurt

Redaktion
Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de), Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de), Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de)

Druck
GUS-Druck, Mozartstraße 51, 70180 Stuttgart, Telefon 0711-600345, Telefax 0711-6403394

Vertrieb
Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834, Telefax 0711-3202833

Internet-Betreuung (www.zc-online.de)
Olaf Swillus (eMail os.zc@dfg-vk.de)

Anzeigenverwaltung
SPS-Graphics, Postfach 150354, 70076 Stuttgart, Telefon 0177-6361276, eMail sps-graphics@gmx.net; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2006 gültig.

Erscheinungsweise
zweimonatlich, sechs Mal jährlich

Haftungsausschluss
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Offizielle Stellungnahmen
der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck
von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen
Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement für Andere kostet 12.- € inklusive Porto; Abonnierung schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionskonto
DFG-VK – ZivilCourage, Nr. 8304602, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 37020500

Beilagen
„Südwest-Kontakte“ (in einer Teilauflage)

Redaktionsschluss
für diese Ausgabe war der 5. Februar. Die nächste Ausgabe erscheint im April, Redaktionsschluss ist der 15. März.

ISSN
1614-1954

Die ZivilCourage wird auf 100-%-Altpapier gedruckt.

Die ZivilCourage erscheint seit der Fusion von DFG-IdK und VK 1974. Zuvor gaben die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die Zeitschrift „Courage“ und der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Zeitschrift „Zivil“ heraus.

DESERTEURE

Doku zum Stuttgarter Denkmal

Ende August wurde in Stuttgart das Denkmal für alle Deserteure eingeweiht. Die Denkmal-Initiative, die mehr als zehn Jahre für dieses Ziel gearbeitet hatte und maßgeblich von der DFG-VK getragen wird, hat nun eine Dokumentation veröffentlicht. In der 16-seitigen Broschüre sind die bei der Eröffnungsfeier gehaltenen Reden, u.a. von Ludwig Baumann, Manfred Messerschmidt und dem US-Deserteur Chris Capps veröffentlicht. Die Dokumentation ist als gedrucktes Heft erhältlich in der baden-württembergischen DFG-VK-Landesgeschäftsstelle (Haussmannstr. 6, 70188 Stuttgart), aus dem Internet kann sie als PDF-Dokument heruntergeladen werden (www.deserteurdenkmal-stuttgart.de). Möglich geworden war die Aufstellung des Denkmals durch eine jahrelange Spendenkampagne und die Übernahme von Patenschaften für über 300 Denkmalbausteine zu je 50 Euro innerhalb von anderthalb Jahren. Zur endgültigen Finanzierung, d.h. zur Bezahlung der Honorare für den Künstler und den Steinmetz, fehlen nun nach Angaben der Initiative noch 2.000 Euro. Der baden-württembergische DFG-VK-Geschäftsführer Roland Blach hofft nun auf Solidarität innerhalb der DFG-VK-Mitgliedschaft bundesweit. Gesucht werden 40 Paten für Denkmalbausteine. Die SpenderInnen werden im Internet veröffentlicht und erhalten eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung. Spendenkonto: PAX AN e.V., Nummer 361349705, Postbank Stuttgart, BLZ 60010070, Stichwort: Patenschaft Denkmal

KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Sag, wo die Soldaten sind ...

In der Bundesrepublik existiert ein reichlich unverschämtes Mischsystem im Militärwesen: Während die so genannte allgemeine Wehrpflicht aufrechterhalten wird, ist die Bundeswehr faktisch längst zu einer Freiwilligenarmee geworden. Folglich verstärkt sie auch ihre Anstrengungen, Nachwuchs zu werben: Sie zeigt Präsenz auf Messen, Märkten und Volksfesten, drängt mit ihren Positionen in die Schulen und nicht zuletzt versucht sie, aus der beruflichen Perspektivlosigkeit und der sozialen Zwangslage vieler jugendlicher Erwerbsloser Kapital zu schlagen. Die Kooperation von Arbeitsagenturen und Jobcentern mit der Bundeswehr ist mittlerweile nichts Neues mehr. Allerdings regt sich auch Widerstand gegen diese Art der Militarisierung, Bundeswehrveranstaltungen in Jobcentern laufen nicht immer ungestört. Wir wollen uns mit den Methoden der Bundeswehrwerbung auseinandersetzen und versuchen, Argumente und Aktionen zu entwickeln, um gerade der sozialen Rekrutierung langfristig etwas entgegensetzen zu können.

Mit diesen Worten schreibt das DFG-VK-Bildungswerk Hessen ein Seminar zu den Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr und Aktivitäten dagegen aus. Es findet statt am 29. März von 11 bis ca. 19 Uhr in Frankfurt/Main im Ökohaus, Kasseler Straße 1a; Anmeldung und weitere Information beim DFG-VK-Bildungswerk Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt; eMail dfgvkhessen@t-online.de; Telefon 069-431440

MILITARISIERUNG

Steuergeld für Kriegskonferenz

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion ergibt sich, dass die Münchner Sicherheitskonferenz in großem Maßstab mit Steuermitteln und SoldatInnen unterstützt wird. Obwohl die Konferenz eine Privatveranstaltung des Rüstungslobbyisten Teltschik ist, wird sie von der Bundesregierung mit 341.000 Euro unterstützt. Eine weitere halbe Million Euro wird der Bundeswehreinsatz kosten, bei dem 420 BundeswehrsoldatInnen für Schutz und Logistik eingesetzt werden. 110 SoldatInnen üben das Hausrecht im Tagungshotel Bayerischer Hof aus.

EDITORIAL

Foto: Regine Leibann

Liebe Leserin, lieber Leser,

hättest Du gewusst, dass über den Zivilflughafen Leipzig jährlich mindestens 300.000 US-Soldatinnen und -Soldaten zu ihrem Kriegseinsatz im Irak und in Afghanistan verlegt werden (manche Schätzungen reichen sogar bis 800.000 dieser militärischen Passagiere)? Nein? Ich auch nicht. Es lohnt sich deshalb, den ausführlichen Beitrag von Elsa Rassbach über den wachsenden Widerstand von GIs gegen diese Kriege zu lesen. Man kann dabei erfahren, wie junge US-AmerikanerInnen zum Militär gelockt werden, wie sie die „Groundtruth" des Krieges erfahren und wie sie behandelt werden, wenn sie sich dem Morden und Ermordet-werden entziehen wollen.

Und man weiß nach der Lektüre: Ohne den US-Standort in Deutschland – den größten weltweit außerhalb der Vereinigten Staaten – würde der Krieg nicht funktionieren. Ein Ansatzpunkt also für die deutsche Friedensbewegung.

Ob ein schneller Truppenabzug allein allerdings – z.B. der Bundeswehr aus Afghanistan – die Lösung wäre? Bei der Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden wurde für eine differenzierte Auseinandersetzung plädiert. Robert Hülsbusch, der über die Tagung berichtet, meint dazu: „Wahrlich keine einfach verdauliche Kost für Friedensbewegte und PazifistInnen." Vielleicht wird es ja kritische LeserInnenbriefe zum Artikel und den Überlegungen der Konferenz geben?

Beschäftigen müssen wir uns mit dem Thema allemal: Der US-Kriegsminister fordert die Entsendung deutscher Truppen in den Süden Afghanistans, der deutsche Kriegsminister will Kampfverbände nur in den afghanischen Norden schicken, und der Bundestag muss im Herbst generell über eine Verlängerung des Mandats entscheiden.

Stefan Philipp

Foto: DIG-VK Mannheim

Den Widerstand gegen Krieg innerhalb der US-Armee stärken!

Von Elsa Rassbach

„Ich habe Alpträume. Ich kann nachts nicht schlafen", sagte US-Soldat Andrew Hegerty am 13. November dem US-Militärgericht in Vicenza, Italien. „Ich bin wirklich nicht fähig, einfach auf den Abzug zu drücken und jemanden zu erschießen."

Der 19-Jährige aus dem US-Bundesstaat Wisconsin hat schon 20 Monate in der US-Armee hinter sich. Nachdem er bereits sechs Monate in Afghanistan gekämpft hat, war er nicht bereit, wieder dorthin verlegt zu werden. Im letzten September versuchte er, aus der Armee heraus zu kommen und verweigerte auch den Befehl, sich für erneuten Einsatz in Afghanistan vorzubereiten.

Dafür muss er nun neun Monate ins Gefängnis, wird danach unehrenhaft aus der Armee entlassen, was ihm sein Leben lang ökonomische und berufliche Folgen bescheren wird. In der Armee ist er abgestempelt als Feigling, als einer, der seine Kameraden im Stich gelassen hat.

Die Haftstrafe muss er in Mannheim absitzen. Dort ist das zentrale US-Militärgefängnis für alle verurteilten US-SoldatInnen, die in Europa stationiert sind. Andrew wird dort auf Jeffrey Gauntt und James Blanks treffen, die ebenfalls den Einsatz in Afghanistan verweigert haben. Alle drei haben getrennt von einander agiert, obwohl sie derselben Einheit, der 173. Airborne, angehören. Aber deren Mitglieder sind an unterschiedlichen Orten in Deutschland und in Italien stationiert; Andrew und Jeffrey waren in Vicenza, James in Bamberg. Noch etwas haben die drei gemeinsam: Sie haben bei ihrer Verweigerung keinen Kontakt zu GI-Unterstützungsorganisationen gesucht.

Ebenfalls in Mannheim war Agustín Aguayo inhaftiert gewesen. Im September 2006 hat er sich aus seiner in Schweinfurt stationierten Einheit unerlaubt entfernt und wurde im März 2007 als Deserteur verurteilt. Geehrt wurde er nun im Dezember für sein Engagement gegen den Krieg im Irak mit dem Stuttgarter Friedenspreis *(siehe den Bericht auf S. 9 in dieser ZivilCourage)*. Die Berichterstattung über die Preisverleihung und davor über Agustíns Prozess in Würzburg im letzten März hat öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Denn Agustín – und Andrew und Jeffrey – sind nicht alleine: Zunehmend mehr US-Soldaten sind aus moralischen und politischen Gründen gegen den Krieg und ihren Einsatz in Afghanistan und im Irak. Und nicht nur für die irakische und afghanische Bevölkerung sind diese Kriege lebensgefährlich, sondern auch für die Soldaten. Mindestens 60 Soldaten, die mit Agustín in Schweinfurt stationiert waren, sind seit seiner Verweigerung im Krieg ums Leben gekommen, Hunderte wurden schwer verwundet.

Gegen diesen bröckelnden Kampfeswillen fährt die US-Militärjustiz „schweres Geschütz" auf: Der Ankläger forderte im Verfahren gegen Andrew eine Haftstrafe von sechs Jahren. „Unser Militär kann es sich nicht leisten, die Soldaten ihre Pflicht nicht erfüllen zu lassen", begründete er dies und sagte, die ehrenvollste Sache, die ein Soldat tun könne, sei, „mit einer Einheit im Kampf zu dienen. Umgekehrt, die unehrenvollste Sache, die ein Soldat tun kann, ist, die Armee zu verlassen. Die Botschaft muss lauten: Der Einheit den Rücken zu kehren, die Armee zu verlassen, ist keine Option."

Immer mehr Fahnenflüchtige: Seit dem Jahr 2003 ist der Prozentsatz der US-Deserteure um 80 Prozent gestiegen, allein im letzten Jahr um 42 Prozent. Nach Angaben der US-Armee sind im Haushaltsjahr 2007 4.698 SoldatInnen desertiert, im Vergleichszeitraum davor waren es 3.301. Die Gesamtzahl seit dem 11.09.2001 liegt bei etwa 17.000.

Im Gegensatz zu der Zeit des Vietnam-Kriegs, als Kanada und Schweden Deserteure als Flüchtlinge aufnahmen, gibt es heute keine sichere Zuflucht für sie. Die Deserteure in Kanada kämpfen, unterstützt durch Kampagnen der kanadischen und US-Friedensbewegung, bislang vergeblich um den Asylstatus.

8.000 in Europa stationierte GIs, die meisten davon in Deutschland, haben für dieses Jahr bereits Einsatzbefehle für den Irak und Afghanistan, erhalten. Die am stärksten betroffenen Gemeinden in Deutschland sind Bamberg, Baumholder, Grafenwöhr, Hohenfels, Ansbach-Illesheim, Kaiserslautern, Mannheim, Stuttgart and Wiesbaden. Allein in Baumholder haben 3.800 GIs den Befehl

erhalten, im März in den Irak zu gehen. Insgesamt 13.500 in Europa stationierte US-SoldatInnen sind zurzeit im Kriegseinsatz im Irak und in Afghanistan, die meisten werden wieder nach Deutschland zurückkehren.

Wie wichtig sind die US-Stützpunkte und Soldaten in Deutschland für die US-Kriegsführung?

Das US-Hauptquartier für Europa und den Nahen und Mittleren Osten Eucom (European Command) in Stuttgart befehligt 112.000 in Europa stationierte US-Soldaten, davon 68.000 in Deutschland. Das Pentagon unter US-Verteidigungsminister Rumsfeld hatte lange geplant, viele Truppenteile aus Deutschland in die USA zurück zu verlegen. Im letzten Jahr hat sein Nachfolger Gates diese Entscheidung rückgängig gemacht; der Grund: Die USA brauchen ihre Truppen in Deutschland, um die Kriege im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika fortzuführen. Die Standorte Schweinfurt und Baumholder werden deshalb vorläufig nicht geschlossen.

Das US-Militär führt in Europa eine so genannte „strategische Transformierung" durch: Einige Stützpunkte werden geschlossen, andere hingegen erweitert. Am Ende soll es in Europa sechs „enduring communities" (ständige Gemeinden) oder „Main Operating Ba- ses" geben, die als Fundament der US-Kriegeseinsätze dienen: eine in Italien (Vicenza/Dal Molin) und fünf in Deutschland (Ramstein/Kaiserslautern, Vilseck/Grafenwöhr, Ansbach/Katterbach/Illesheim, Spangdahlem und Wiesbaden). In alle diese US-Basen wird kräftig investiert. So wurde zum Beispiel die „Rhein-Main Air Base" geschlossen, während Ramstein entsprechend erweitert wurde.

Durch die Transformierung entsteht in einigen Gemeinden der Eindruck, die USA hätten vor, abzuziehen und Einrichtungen nach Osteuropa zu verlagern. Dies ist aber keineswegs der Fall. Weiterhin wollen die USA die meisten und wichtigsten überseeischen Militäranlagen in Deutschland erhalten.

Nach wie vor bleiben in Deutschland das Eucom als Hauptquartier und andere wichtige Kommandostäbe sowie der Militärgeheimdienst für viele US- wie NATO-Einsätze in Nah-Mittel-Ost. Und erst kürzlich wurde in Stuttgart ein eigenes US-Oberkommando eingerichtet, das für künftige Kriegseinsätze in Afrika zuständig ist (Africom). Diese beiden sind die einzigen US-Hauptquartiere „auf fremdem Boden".

Bis zu 80 Prozent des Nachschubs für die Kriege in Afghanistan und im Irak laufen über Deutschland. Angesichts der Tatsache, dass die USA bis jetzt etwa das Fünfzigfache dessen aufgebracht haben, was Deutschland für seinen Afghanistan-Feldzug ausgibt, sind das erhebliche Mengen an Kriegsmaterial. In diesem Jahr sollen die US-Ausgaben für den Afghanistan-Krieg um 75 Prozent auf 37 Milliarden Dollar erhöht werden, ein immenser Betrag zwar, aber nur ein Bruchteil von dem, was die USA im Irak verschwenden.

Über den eigentlich zivilen Flughafen Leipzig fliegen jährlich mindestens 300.000 US-SoldatInnen in die Kriegsgebiete oder zurück in die USA. Früher wurden sie hauptsächlich über Shannon Airport in Irland transportiert, wegen der dortigen Proteste erfolgte die Verlegung nach Deutschland. Leipzig ist auch die zentrale Lieferungszentrale der deutschen Firma DHL, die einen exklusiven Kurierdienstvertrag mit der US-Armee hat, um Lieferungen in den Irak und nach Afghanistan durchzuführen.

Die wichtigste US-Luftwaffenbasis außerhalb der USA ist Ramstein. In der Nähe, in Miesau, werden etwa 80 Prozent der Munition für den Irak-Krieg bereit gestellt. Das Kommando für die US-Foltergefängnisse im Irak und in Afghanistan sitzt in Deutschland. Das zentrale Krankenhaus für alle Verwundeten beider Kriege ist in Landstuhl, drei Kilometer entfernt von Ramstein. Das zentrale Gefängnis ist in Mannheim.

Auch die Zahl der in den beiden Kriegen getöteten GIs zeigt die wichtige Funktion des „deutschen Standortes": Bis letzten Oktober sind insgesamt 306 in Deutschland stationierte GIs beim Kriegseinsatz umgekommen, es folgen Korea mit 54 „gefallenen" US-Soldaten und Italien mit 42.

Vom Freiwilligen zum Kriegsgegner: Es ist allgemein bekannt, dass die US-Streitkräfte aus Freiwilligen bestehen. Dadurch entsteht manchmal der Eindruck, es handele sich um „Berufssoldaten", also Menschen, die sich entschieden haben, ihr Leben dem Krieg zu widmen. Die US-Armee ist aber eher eine „Jobarmee" – eine Schöpfung der neoliberalen Ideologen.

Die GIs, die in Vietnam gekämpft haben, waren teils Wehrpflichtige, teils Freiwillige. Gegen Ende des Vietnam-Kriegs hatte der GI-Widerstand die Streitkräfte so zersetzt, dass sie kaum mehr kampfähig waren. 1973 hat Präsi-

American Voices Abroad (AVA)-Military Project

Das *AVA-Military Project* ist eine 2005 gegründete internationale Arbeitsgruppe des zwei Jahre zuvor etablierten AVA-Netzwerks von US-Friedensbewegten in acht europäischen Ländern und im Libanon. Im AVA-Netzwerk und im *Military Project* sind auch bereits länger existierende Organisationen wie z.B. das *Munich American Peace Committee* (MAPC) Mitglied.

Das *AVA-Military Project* arbeitet mit anderen Organisationen in Deutschland und auf europäischer Ebene eng zusammen, u.a. mit dem *Military Counseling Network* (MCN), der *Stop the War Brigade*, *Connection e.V.*, den *Iraq Veterans Against the War* (IVAW) und dem *Netzwerk gegen Militärstandorte und deren Auswirkungen* (NeMa).

Das *AVA-Military Project* hat einige neue Aspekte in diese (Zusammen-)Arbeit eingebracht:

- Unterstützungs-, Spenden- und Medienkampagnen, nicht nur in Deutschland, sondern auch europaweit und vor Ort in den USA;
- Anträge als US-BürgerInnen an europäische Regierungsstellen, z.B. Anhörung 2006 im Europäischen Parlament wegen Asyl für SoldatInnen, Intervention 2007 im Bundestag im Fall Agustín Aguayo.
- Intensivierung der Diskussion in der deutschen Friedensbewegung, die US-Basen in Deutschland zu einem zentralen Thema zu machen;
- Initiative zum Ausbau einer breiteren Solidarität zwischen US-SoldatInnen im Widerstand und europäischen FriedensaktivistInnen, z.B. durch Verteilung der *GI Rights Hotline*-Faltblätter und die aktuelle internationale Postkarten-Kampagne für die in Mannheim inhaftierten US-KDVer (nähere Informationen dazu und Beteiligungsmöglichkeiten auf der Homepage *www.connection-ev.de*).

Elsa Rassbach

AVA-Military Projekt
Kontakt:
Elsa Rassbach
Telefon 030-32 60 15 40
Mobil 0170-7381450
eMail elsarassbach@gmail.com

dent Nixon dann durch neoliberale Ideologen einen Plan entwerfen lassen: Soldaten sollten ausschließlich durch den Markt zum Militär getrieben kommen. Seitdem gibt es einen verheerenden Sozialabbau in den USA; so sind beispielsweise immer weniger Menschen krankenversichert, Industriejobs wurden zunehmend in Billiglohnländer verlagert, die Gewerkschaften sind seit 1980 sehr geschwächt worden. Gleichzeitig wird erheblicher Druck auf illegale Immigranten ausgeübt.

Ein Bachelor-Abschluss an einem College ist notwendig, um sich einen ordentlichen Job überhaupt nur zu erhoffen, aber die Kosten des Studiums steigen rasch an. Ein vierjähriger College-Besuch kostet aber zwischen 75.000 Dollar/50.000 Euro (für ein mittelmäßiges öffentliches College) und 165.000 Dollar/110.000 Euro (für ein gutes privates College). Ein Aufbaustudium zum Beispiel in Medizin oder Jura ist erst nach dem Bachelor möglich und kostet dann oft bis zu weiteren 180.000 Dollar/ 120.000 Euro. Viele StudentInnen müssen riesige Darlehen aufnehmen.

Für all diese Probleme bietet dann das Militär vermeintlich eine Lösung: Für vier Jahre aktiven Dienst bekommt man lebenslänglich eine Krankenversicherung, etwas Geld für den College-Besuch oder die Darlehenstilgung – oder auch die US-Staatsbürgerschaft. Bei unehrenhafter Entlassung werden diese „Angebote“ aber zurückgenommen.

Verpflichten muss man sich normalerweise für acht Jahre, davon vier im „aktiven Dienst“. Die Armee kann diese aktive Dienstzeit jedoch einseitig durch „Stop-Loss“ verlängern, was heute fast allen US-SoldatInnen passiert.

Jedes Jahr werden etwa 200.000 junge Leute rekrutiert. Pro Rekrutiertem gibt das Militär inzwischen 16.000 Dollar an reinen Werbungskosten für Anwerber, Fernsehspots, Videospiele etc. aus, 1985 waren es lediglich 7.000 Dollar. Die Anwerber stehen unter hohem Druck, ihre Quote zu erfüllen – dass sie die jungen Leute auch mit Lügen ködern, ist also kein Wunder.

Viele SoldatInnen haben Versprechungen geglaubt, dass sie nie würden kämpfen müssen. Darunter war auch Agustín Aguayo, der Sanitäter wurde und gemeint hatte, die Genfer Konvention würde ihn davor schützen, töten zu müssen. Die Armee würde einen Teil seines College-Darlehens bezahlen, und er, der sich ein Medizinstudium nicht leisten konnte, könnte mindestens im Krankenhaus arbeiten, um Menschen zu helfen. Für ihn und viele andere Soldaten kommt es dann ganz anders, als sie sich das als Schüler oder naiver Jugendlicher vorgestellt haben. Manche werden dann entschiedene Kriegsgegner.

Foto: Stefan Philipp

Es sind hauptsächlich die Erfahrungen im Krieg – die SoldatInnen nennen sie die „Groundtruth“ –, die sie zum Kriegsgegner machen. Sie sehen viel klarer als ihre Mitbürger in den USA, dass diese Besatzungen von der betroffenen Bevölkerung abgelehnt werden. Und sie sehen die vielen Kriegsverbrechen und die rassistische Arroganz der Kriegsführung. Auch SoldatInnen, die sich ursprünglich hauptsächlich aus Patriotismus gemeldet haben, werden durch diese Erfahrungen manchmal zu den stärksten Kritiker der US-Kriegspolitik.

Viele der GIs in Deutschland sind KriegsgegnerInnen, auch wenn sie nicht desertieren oder offen Befehle verweigern. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Zogby vom Februar 2006 waren 72 Prozent der im Irak kämpfenden US-SoldatInnen für den Abzug aller US-Truppen innerhalb eines Jahres – und diese SoldatInnen sind zwischen den Kriegseinsätzen wieder in Deutschland. In den USA sind die Kriegsveteranen und Familien von Soldaten in der Vorhut der Antikriegsbewegung. Sie hauptsächlich sind es, die durch mehrjährige Öffentlichkeitsarbeit die Mehrheit der US-Bevölkerung überzeugt haben, dass die Truppen so bald wie möglich abgezogen werden müssen.

Die Organisation der Antikriegsveteranen heißt „Iraq Veterans Against the War“ (IVAW) mit inzwischen mehr als 500 Mitgliedern in 46 US-Bundesstaaten, im Irak, in Afghanistan und seit Kurzem auch in Deutschland. Um Mitglied zu werden muss man in den US-Streitkräften seit dem 11. September 2001 gedient haben, also sind auch Afghanistan-Veteranen dabei. IVAW macht nicht nur Öffentlichkeitsarbeit, sie organisieren auch den Widerstand unter den noch aktiven Soldaten. Vom 13. bis 16. März organisiert IVAW eine öffentliche Zeugenbefragung der Veteranen des Irak- und Afghanistankriegs, die in allen US-Bundesstaaten zugänglich gemacht wird.

IVAW-Mitglieder wie Agustín Aguayo gehen auch regelmäßig in Schulen, um über ihre Erfahrungen zu berichten. Inzwischen ist die Rekrutierung so schwierig geworden, dass das Militär zunehmend Ältere aufnimmt und auch „moral waiver“: Kriminelle, Geisteskranke, Rechtsradikale – verantwortlich für einige schwere Kriegsverbrechen wie auch für die vielen Graffiti von der „Arischen Nation“ in Bagdad.

Durch die Probleme bei der Rekrutierung wurde die US-Regierung dazu gezwungen, trotz des Protests der SoldatInnen die Einsatzdauer von 12 auf 15 Monate zu verlängern und auch die Zahl der Kriegseinsätze auf bis zu vier zu erhöhen. Im Gegensatz zum Vietnam-Krieg sind damit die GIs insgesamt sehr viel länger im Einsatz, wodurch der Unmut unter ihnen, ihren Familien und auch in der Öffentlichkeit wächst. Um aus dieser Zwickmühle herauszukommen, versuchen die USA immer nachdrücklicher, ihre Verbündeten zu größerem Engagement zu drängen. In diesem Zusammenhang ist der dieser Tage bekannt gewordenene scharfe Brief des US-Verteidigungsministers Gates zu sehen, mit dem er die Deutschen dazu aufforderte, Kampftruppen ins südliche Afghanistan zu schicken.

Der GI-Widerstand nimmt unterschiedliche Formen an. Es gibt formelle

Kriegsdienstverweigerungsanträge; Versuche, durch Selbstverletzung aus der Armee herauszukommen; offene Befehlsverweigerung; Desertionen oder unerlaubte Entfernungen von der Truppe; Versuche, Medien, Regierungsstellen und die US-Bevölkerung über die Kriegsverbrechen aufklären; Antikriegsblogs im Internet, die GIs in den Kampfgebieten verfassen; Unterschriftensammlungen – so haben zum Beispiel mehr als 1.000 aktive SoldatInnen den „Appeal for Redress" unterschrieben, der den US-Kongress auffordert, die Truppen und die US-Basen aus dem Irak sofort abzuziehen.

Aber die Schwierigkeiten nehmen zu. KDV-Anträge werden z.B. jetzt sehr selten bewilligt. Agustín Aguayo hatte alle Regeln befolgt und wurde trotzdem zur eigenmächtigen Entfernung von der Truppe gezwungen. Die geforderte siebenjährige Haftstrafe wurde vielleicht nur durch starke Öffentlichkeitsarbeit – zusammen mit der deutschen Friedensbewegung – abgewendet.

Desertieren ist nicht die einzige Form von Widerstand. Manchmal wollen SoldatInnen vorwiegend ihre Erfahrungen in der Öffentlichkeit bekannt machen. Dafür brauchen sie Unterstützung.

Blake Lemoine war ein Jahr in Irak. Als er 2004 zurück zu seiner „home base" Darmstadt kam, war er entschlossen, der US-amerikanischen Bevölkerung die Wahrheit über das rassistische Vorgehen im Irak bekannt zu machen. Als ersten Schritt trat er im Januar 2005 in einen Streik und schrieb an den „Chain of Command", dass er die US-Politik im Irak nicht mehr durch seine Tätigkeit beim Nachschub stützen könne. Zwei Wochen später entschied er sich, alle Zuwendungen mit der Armee abzulehnen. Er schloss sein Bankkonto, damit die Armee ihn nicht bezahlen konnte, und trat in Hungerstreik, um kein Essen mehr von der Armee zu akzeptieren.

Gleichzeitig suchte Blake einen Weg, an die Medien zu kommen. Dabei konnten die Beratungsstellen ihm nicht helfen. Schließlich jedoch veranstaltete *AVA-Military Project* zusammen mit *Connection* und der *Stop the War-Brigade* eine Pressekonferenz mit Blake kurz vor seinem Militärprozess in Darmstadt, wodurch vieles über seine Erfahrungen und Ansichten in den Medien berichtet wurde. Er hat auch eine Solidaritätserklärung an die deutsche Friedensbewegung verfasst, die bei vielen der Ostermärschen 2005 vorgelesen wurde.

Blake wurde am 28. März 2005 zu sieben Monaten Haft wegen Befehlsverweigerung verurteilt. Zuerst war er in Mannheim inhaftiert. Nach einer Solidaritätsdemo außerhalb des Gefängnisses hat ihn die Armee am 10. April in ein Gefängnis in Oklahoma gebracht. Blake hat seinen Widerstand primär deshalb geleistet, um aufzuklären. Als er seine Aktion begann, hatte er nur noch sieben Monaten Dienstzeit vor sich und auch keinen neuen Einsatzbefehl erhalten.

Im Kontrast dazu war Agustín Aguayo über lange Zeit nicht daran interessiert, in die Öffentlichkeit zu treten; es ging ihm darum, nicht töten zu müssen und als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden.

Der Fall Blake Lemoine weist auf einen weiteren Weg hin, den die GI-Bewegung eventuell einschlagen wird: den kollektiven Widerstand. Genauso wie Blake alleine in Darmstadt gestreikt hat, könnten GIs dies als Gruppe tun. Es sind bereits Fälle kollektiven Widerstands von GIs im Irak bekannt geworden.

Zur Zeit des Vietnam-Kriegs war der erste Fokus der GI-Bewegung und der zivilen Unterstützung die Desertion, z.B. nach Schweden. Mit der Zeit entwickelte sich jedoch viel mehr Interesse am Widerstand innerhalb der Streitkräfte; einerseits gab es viele, die aus persönlichen und nicht aus politischen Gründen desertieren wollten. Andererseits schien es immer wichtiger, dass politische GIs in der Armee bleiben sollten, um andere SoldatInnen für den Widerstand zu gewinnen. Eine der wichtigsten GI-Zeitungen in dieser Zeit, die in Paris durch ehemalige GIs herausgegeben wurde, hieß *RITA* („Resistance in the Army" – „Widerstand in der Armee").

Für GIs in Europa ist es noch viel schwieriger als in den USA, Widerstand zu leisten. Dieser Widerstand braucht zivile Unterstützung: Beratung und manchmal Geld für zivile Anwälte, Me-

Die *GI Rights Hotline* – eine Hilfe für viele US-SoldatInnen

Die *GI Rights Hotline* in Kalifornien ist die Zentrale des Netzwerks der GI-Beratungsstellen. SoldatInnen, die dort anrufen, werden entweder direkt beraten oder, je nach Bedarf, an eine Beratungsstelle in Deutschland (Military Counseling Network – MCN) oder an andere Organisationen in Europa weitergeleitet, die spezielle Unterstützung für GIs anbieten können. Die Beratungsstellen selber dürfen direkt keine materielle Hilfe (z.B. Geld, Unterschlupf) zum Desertieren anbieten. Für einige SoldatInnen gibt es aber die Möglichkeit, nach 30-tägigem Untertauchen eine legale (allerdings unehrenhafte) Entlassung zu erreichen – dafür brauchen sie Beratung!

Wichtige Informationen für US-SoldatInnen enthält ein Faltblatt der *GI Rights Hotline*. Seit Dezember werden diese Faltblätter, die die Größe einer Visitenkarte haben, auch in Deutschland verteilt.

Laut US-Militärrecht dürfen US-SoldatInnen Infos für sich behalten, sie jedoch nicht an andere verteilen. Die Verteilung durch Deutsche ist deswegen oft willkommen. Am besten trägt man immer einige *GI Rights Hotline*-Faltblätter mit sich, um sie bei zufälligen Begegnungen an GIs (oder an ihre Ehefrauen oder an Deutsche, die in Kontakt mit GIs sind) weiterzugeben. Die gezielte Verteilung in von GIs besuchten Bars usw. ist empfehlenswert.

Zum Download als PDF-Dokument steht das Faltblatt auf der DFG-VK-Homepage im Bereich KDV bereit; gedruckte Faltblätter können telefonisch oder per eMail bei John Culp bestellt werden: 0179-5485149; john.culp@web.de

Spendenkonto: Richard Forward, Konto 330011807, Postbank München, BLZ 70010080, Zweck: GI Rights (Kontakt: Telefon 089-3566162, eMail archforward@gmx.net)

Elsa Rassbach

dienarbeit und Solidaritätsaktionen, moralische Unterstützung, gelegentlich auch Unterschlupf. Diese Unterstützung könnten die deutsche und die europäische Friedensbewegung den GIs im Widerstand vermutlich anbieten – genau wie in den USA und in Kanada –, die dafür nötigen Strukturen müssen allerdings erst aufgebaut werden.

Foto: Sebastian Philipp

Deutsche BürgerInnen und AktivistInnen der Friedensbewegung wissen meist wenig von der Welt der GIs und ihrer Familien in Deutschland; sie haben wenig Ahnung davon, wie diese zum Militärdienst angeworben werden, wie viele und wann sie von Deutschland in die Kriegsgebiete versetzt werden, wie viele sterben, was sie zum Krieg meinen, wie die Familien hier leben, ja sogar, welche Auswirkungen der fallende Dollar auf ihr Leben in Deutschland hat.

Umgekehrt haben die GIs wenig Ahnung von der deutschen Friedensbewegung, bekommen aber durch die Armee erzählt, dass deutsche FriedensaktivistInnen zu fürchten seien. Das US-Militär will keine Kommunikation zwischen GIs und deutschen BürgerInnen und integriert deswegen (angeblich wegen „Terroristengefahr“) die Unterkünfte und Einkaufsmöglichkeiten zunehmend in die Kasernen, baut immer höhere Zäune, sperrt früher üblichen öffentlichen Verkehr durch Kasernengelände. Agustín Aguayo beispielsweise hat während der ganzen 24 Monate, die er in Schweinfurt lebte, keine Deutschen kennengelernt außer einer deutsche Frau, die ihm auf dem Weihnachtsmarkt ein Geschenk verkauft hat.

Ein Hindernis zum Aufbau der notwendigen Unterstützung des GI-Widerstands in Deutschland ist die weit verbreitete Meinung in der deutschen Friedensbewegung, dass es „Job“ der Deutschen ist, die deutsche und die EU-Militärisierung zu verhindern und die Bundeswehr zurückzuholen, während es Aufgabe der US-Friedensbewegung ist, sich in den USA für den Rückzug der Truppen stark zu machen.

Gegen diese Ansicht spricht, dass Deutschland durch die Gewährung der US-Infrastruktur hierzulande mitschuldig ist am Krieg im Irak und auch am OEF-Einsatz in Afghanistan. Deutschland könnte jederzeit die Stationierungsrechte kündigen. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung – aber auch viele deutsche FriedensaktivistInnen – weiß gar nicht, dass Deutschland das Recht auf Kündigung hat, und deswegen die Verantwortung dafür. Sie verhält sich, als ob Deutschland immer noch besetzt und kein souveräner Staat wäre. Die Friedensbewegung hat zu diesem Punkt bisher keine Aufklärung betrieben.

Die US-Basen in Deutschland sind keine extraterritorialen Gebiete, Menschenrechtsverletzungen dort fallen auch in die Verantwortung der deutschen Regierung. Diese Verletzungen betreffen nicht nur Gefangene der CIA, sondern auch die GIs selbst. Die US-Armee in Schweinfurt hatte z.B. gedroht, Agustín Aguayo gegen seinen Willen und mit Gewalt in den Irak zu verschleppen.

Kündigt die Stationierungsrechte: Nur eine Kampagne der deutschen Bevölkerung kann die Stationierungsrechte der USA beenden. US-FriedensaktivistInnen und VeteranInnen können höchstens ihre Unterstützung als ZeugInnen anbieten.

Die Kriegstreiber und Nationalisten in Deutschland hoffen natürlich, irgendwann mit den USA auch militärisch „auf der Weltbühne“ konkurrieren zu können. Aber im Augenblick wird die deutsche Militarisierung hauptsächlich zusammen mit den USA vorangetrieben.

Die Erfahrungen der US-Friedensbewegung und der Antikriegsveteranen könnten sehr nützlich für Kampagnen gegen die Militarisierung in Deutschland sein. Sowohl der GI-Widerstand wie die Antirekrutierungskampagnen in den USA haben Ideen und Methoden entwickelt, die auch in Deutschland angewendet werden könnten.

Ein gutes Beispiel einer Kooperation war die Kampagne in Ansbach im letzten Mai gegen die Erweiterung des US-Stützpunkts. Deutsche Behörden hatten den FriedensaktivistInnen vorgeworfen, sie seien „anti-amerikanisch“. Gleichzeitig haben die US-Behörden unter den SoldatInnen und ihren Familien propagiert, dass die Ansbacher Friedensbewegung gegen sie und gefährlich sei. Daraufhin haben die Ansbacher vier Irak-Veteranen für eine Kampagnen-Woche eingeladen. Die Veteranen sind nicht nur in deutsche Schulen gegangen; sie sind auch in die US-Kaserne gegangen, wo sie eine Friedensbotschaft der Ansbacher an die SoldatInnen verlesen und davon ein Video ins Internet gestellt haben. Gemeinsam wurde gegen die Stützpunkterweiterung und die Versetzung von 2.500 GIs in den Irak demonstriert.

Wie sagte Karl Liebknecht in „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“: „Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht.“

„Zusammenwirkend“ – das sollten wir nicht vergessen, auch nicht, dass die GIs vorwiegend aus dem Proletariat stammen. Zusammenwirkend heißt heute: den GI-Widerstand auf deutschem Boden aktiv zu unterstützen und eine Kampagne zu entwickeln, die Stationierungsrechte der USA in Deutschland zu beenden und den GIs in Deutschland Asyl zu bieten.

Elsa Rassbach ist DFG-VK-Mitglied und seit Jahrzehnten friedenspolitisch aktiv. Die 64-jährige Filmemacherin ist US-Amerikanerin und lebt seit 1996 in Berlin, nachdem sie bereits in den 1960er Jahren dort studiert hatte.

„Ein wahrer Held der heutigen Kriege“

US-Deserteur Agustín Aguayo erhielt Stuttgarter Friedenspreis/Von Roland Blach

„Warum nicht weitere Friedenspreise wie den Aachener Friedenspreis?“ titelte die letzte Ausgabe der *ZivilCourage*. In der Tat – es werden nicht viele Preise in Deutschland für ein breit gefächertes Engagement zur Überwindung von Gewalt und Kriegen und zur Anstiftung zum Frieden vergeben. Der Aachener Friedenspreis ist mit Sicherheit der bekannteste dieser Art. Doch auch im Süden tut sich etwas.

Bereits zum fünften Mal verliehen die AnStifter um den Stuttgarter Kabarettisten Peter Grohmann am 21. Dezember den Stuttgarter Friedenspreis in Höhe von 5.000 Euro im Rahmen einer großen Friedensgala. 800 Menschen wohnten auch an diesem Abend der Preisverleihung im Stuttgarter Theaterhaus bei. Die Initiative für ein Deserteur-Denkmal in Stuttgart beteiligte sich aktiv daran. Ihr war es zu verdanken, dass vor dem Theaterhaus drei Monate zuvor das Deserteur-Denkmal eingeweiht wurde.

Es war eine sehr bewegende Gala, die sich auch musikalisch um das Wirken des Preisträgers Agustín Aguayo drehte. Der 35-jährige US-Soldat und Sanitäter verweigerte sich dem erneuten Einsatz im Irak und floh am 2. September 2006 aus der Armee. Er hatte in den drei Jahren zuvor vergeblich darum gekämpft, als Kriegsdienstverweigerer anerkannt und aus der Armee entlassen zu werden.

Seine Flucht aus dem Militär war der erste öffentlich bekannte Fall eines in Deutschland stationierten GIs, der seine Verlegung in den Irak verweigert. Er stellte sich am 26. September 2006 in Fort Irwin in Kalifornien der Armee. Auf Verlangen seiner Einheit in Schweinfurt wurde er am 3. Oktober 2006 nach Deutschland zurückgebracht. Am 6. März 2007 wurde er wegen „Desertion“ und „Verpassen der Verlegung der Einheit“ zu einer Haftstrafe von acht Monaten verurteilt. Am 18. April wurde er aus der Haft entlassen und am 10. Mai kehrte er in die USA zurück.

Jochen Faber, einem Ludwigsburger Werbefachmann, war es zu verdanken, dass zu Anfang des Abends ein Filmporträt über Aguayos wichtigste Lebensstationen zu sehen war mit dem Titel „Niemand darf gegen sein Gewissen“. Der Film steht auf der Webseite von Connection e.V. zum Download bereit *(www.connection-ev.de/Media/film/aguayo.mov)*. Der Laudator Andreas Zumach griff eine wichtige und provozierende Frage des Films auf, wie es nämlich sein könne, „dass ein US-Staatsbürger wegen seiner Verweigerung des Kriegsdienstes auf deutschem Boden verhaftet und zu einer achtmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt wird, wo doch die deutsche Verfassung in Artikel 4 Absatz 3 das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung garantiert“.

In seiner Antwort erkannte Zumach einen „rechtspolitischen Skandal“. So gelte das „Grundgesetz in weiten Teilen nur für deutsche StaatsbürgerInnen, nicht aber für Ausländer.“ Artikel 4 Absatz 3 beziehe sich „nur auf die Verweigerung des Kriegsdienstes in der Bundeswehr, nicht aber in Streitkräften anderer Länder.“ Überdies seien Festnahme, Verurteilung und mehrmonatige Haft nicht „auf deutschem Boden, sondern in US-Militäreinrichtungen in Schweinfurt und Mannheim“ erfolgt. „Diese Einrichtungen liegen zwar auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, aber sie sind ja praktisch extraterritorial, da die deutschen Gesetze und auch das Grundgesetz hier keine Gültigkeit haben. Die Militärgerichtsbarkeit der USA könnte auf diesen Einrichtungen Todesurteile verhängen und diese sogar vollstrecken – obwohl die Todesstrafe in Deutschland seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes im Jahre 1949 abgeschafft ist. Selbst wenn die USA auf ihren Militäreinrichtungen in Deutschland gegen die Genfer Konventionen und andere Bestimmungen des Völkerrechts verstoßen würden – wie sie das seit Jahren in ihrer auf Kuba gelegenen Basis Guantanamo tun – ließe sich damit unter Berufung auf das Grundgesetz und deutsche Gesetze nichts machen“, führte Zumach dazu weiter aus. *(Anmerkung der Redaktion: Elsa Rassbach vertritt in ihrem Beitrag die gegenteilige Ansicht. Jürgen Rose, Autor in dieser ZivilCourage, kritisiert die Interpretation Zumachs ebenfalls; sein Beitrag wird zusammen mit einer rechtlichen Analyse des Rechtsanwalts Eberhard Kunz und dem gesamten Text von Andreas Zumachs Laudatio in der Ende März erscheinenden Ausgabe von Forum Pazifismus veröffentlicht.)*

Zumach beschreibt die Umstände Aguayos im Militär und deren Hintergründe, bevor er sich ausführlich dem Begriff Deserteur nähert. So sei dieses Wort „in den USA – ähnlich wie in Deutschland – bis vor nicht allzu langer Zeit ein Negativattribut“ gewesen. „Deserteure und Kriegsdienstverweigerer galten als Drückeberger, Feiglinge, ja Vaterlandsverräter. Angesichts der aktuellen Kriegsdesaster im Irak und in Afghanistan erfahren die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in den USA inzwischen von immer mehr Menschen Achtung und aktive Solidarität.“

Doch was wäre Aguayo – der „wahre Held der Kriege“ (Zumach) – ohne seine Frau Helga? Zumach beschreibt sie als „wichtigste Stütze“. Nicht nur wegen der „vorbehaltlosen“ Unterstützung, sondern auch wegen ihres Engagements für aktuelle Kriegsdienstverweigerer und Deserteure – in politischer, juristischer, finanzieller und seelsorgerischer Hinsicht mit dem Ziel, dass sich „möglichst viele US-Frauen der Entsendung ihrer Lebenspartner, Söhne, Ehemänner oder Väter nach Irak widersetzen“.

Andreas Zumach wäre nicht der bekannt kritische Kommentator, wenn er nicht die Verbindung zur deutschen Militarisierung hergestellt hätte. „Und fragen wir uns einmal selbstkritisch: Wo sind die deutschen Deserteure und die Kriegsdienstverweigerer in der Bundeswehr, seit Deutschland wieder aktiv Krieg führt?“ Er unterstrich die herausragende Gewissensentscheidung Florian Pfaffs für seine Verweigerung der Beteiligung am Irak-Krieg. Pfaff wurde degradiert und schließlich durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juli 2005 freigesprochen. Zumach: „Das ist eine der wichtigsten höchstrichterlichen Entscheidungen der gesamten deutschen Rechtsgeschichte seit 1949. Es gehörte als Lehrstoff in die erste Ausbildungsstunde eines jeden deutschen Soldaten. Stattdessen wird dieses Urteil von der Bundeswehrführung und dem Militärministerium gegenüber den Soldaten systematisch verschwiegen.“

Zumach schließt seine Laudatio mit den Worten: „Möge das mutige Verhalten von Agustín Aguayo und der Preis, den er dafür heute erhält, dazu beitragen, dass sich das sehr bald ändert; dass

Lesereise „Ich bin ein Deserteur“

Am 20. März jährt sich zum 5. Mal der Beginn des Irak-Krieges, der Einmarsch von Truppen der USA und Verbündeten. Er forderte bis jetzt Hunderttausende von Opfern. Ein Ende des Krieges ist nicht abzusehen.

Der Krieg ist Teil des von US-Präsident Bush ausgerufenen „Krieges gegen den Terror“, mit dem die internationalen Beziehungen erheblich militarisiert wurden. Eine Allianz von mehr als 70 Ländern – unter ihnen Deutschland – unterstützt das US-Militär bei seinen Kriegseinsätzen.

In den USA setzen sich viele für ein Ende des Kriegseinsatzes der USA ein. Der Widerstand gegen die Fortführung des Krieges steigt auch im US-Militär. Nach offiziellen Zahlen stieg allein die Zahl der Deserteure seit Beginn des Irak-Krieges um ca. 80 Prozent an. Einer von ihnen ist Joshua Key, der im Irak eingesetzt war.

In seinem 2007 erschienenen Buch beschreibt er sein Leben als Soldat der US-Armee im Irak: „Die das Pech haben, uns in die Hände zu fallen, sind die ersten Opfer. Die zweiten Opfer sind wir selbst.“ Joshua Key desertierte und floh nach Kanada, wo er um Asyl nachsucht. In seinem Buch beschreibt er detailliert, welche Erfahrungen im IrakKrieg ihn dazu brachten, Nein zu sagen.

Aktive von Connection e.V. führen im März und April eine Reise mit Lesungen aus Keys Buch durch und geben weitere Hintergründe zum Widerstand gegen die Kriegspolitik der USA. Connection e.V. engagiert sich seit Jahren für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Kriegsgebieten.

Veranstaltungen wird es unter anderem geben in München, Augsburg, Frankfurt, Lüneburg, Freiburg, Düsseldorf. Wer Interesse hat, eine Veranstaltung vor Ort zu organisieren, wende sich bitte an Connection, Gerberstr. 5, 63065 Offenbach, Tel.: 069-82375534. Alle Infos auch im Internet unter www.Connection-eV.de.

Joshua Key: Ich bin ein Deserteur. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2007, 253 Seiten, 19,95 Euro, ISBN 978-3-455-50033-2

„Keine Kundgebung sollte vergehen, ohne dass daraus Passagen verlesen werden.“ *(junge Welt)*

Termine der Lesereise „Ich bin ein Deserteur“

3. März, Frankfurt/Main, 20 Uhr im Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5

10. März, Nottuln, 19.30 Uhr in der Alte Amtmannei, Stiftstraße

17. März, München, 20 Uhr im Club Voltaire, Fraunhofertheater

18. März, Freiburg, 19 Uhr im Café Velo, Wentzinger Straße 15

Weitere Termine im April u.a. in Düsseldorf, Augsburg, Emden, Münster, Darmstadt. Infos unter www.Connection-eV.de

der 86-jährige Ludwig Baumann und die Handvoll weiterer wahrer Helden des Zweiten Weltkrieges nicht die letzten noch lebenden deutschen Deserteure bleiben; und dass die AnStifterInnen bei der Friedensgala in zwei, drei Jahren vielleicht die ersten neuen Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus den Reihen der Bundeswehr auszeichnen können.“

Foto: Rudi Friedrich/Connection e.V.

A. Aguayo (Mitte) mit A. Zumach und P. Grohmann

Erster Gratulant des Abends war Ludwig Baumann. „Lieber Agustín, es ist mir eine große Freude, dass ich Dir zu diesem schönen und bedeutendem Preis gratulieren darf. Ich denke: Desertion damals und heute hat viele Gemeinsamkeiten. Ich meine nicht, dass man die Nazi-Verbrechen relativieren soll. Ich habe Diktatur erlebt, und Demokratie ist für mich ein hohes Gut. Aber sehen wir uns die westlichen Demokratien einmal an: Der UNO-Beauftragte für Ernährung, Prof. Jean Ziegler, beschuldigt unsere reichen Länder des millionenfachen Mordes an den Armen, weil unsere Länder zu ihrem Vorteil der übrigen Menschheit eine Weltwirtschaft aufzwingen, bei der jeden Tag bis zu Hunderttausend Menschen elendig verhungern. Das muss auch verteidigt werden. Wie soll es da denn Frieden geben? Ganz egal, ob im Irak oder überall in der Welt. Es ist doch ein Wahnsinn. Wenn ich einen Menschen töte, gelte ich als Mörder, wenn es mir befohlen wird, gelte ich als Held. Du, Agustín, hast Zeichen gesetzt dafür, dass wir uns niemals mehr von denen da oben dazu missbrauchen lassen sollen, Menschen, andere Völker und uns selber umzubringen.“

Der sehr zurückhaltende, fast schon schüchtern wirkende Aguayo bedankte sich „für diesen wundervollen Moment“. Die wichtigste Erfahrung in den vergangenen fünf Jahren sei für ihn gewesen: „Wir können unserem Gewissen nicht entkommen.“ Aguayo weiter: „Wir werden als Kriegsdienstverweigerer geboren. Es ist uns von der Natur gegeben, gegen den Krieg zu sein. Wenn wir als Kriegsdienstverweigerer geboren werden, dann können wir auch den Weg zurück zu unserer Natur finden.“

Am Ende seiner knappen Dankesrede bat er das Publikum nachzudenken. „Als ich im Gefängnis war, habe ich Hunderte von Briefen bekommen. Es waren die glücklichsten Momente meines Lebens im Gefängnis: die hoffnungsvolle Erwartung auf diese Briefe. Ein Deutscher hat mir etwas geschrieben, und ich möchte Sie bitten, wenn sie heute Abend wieder zu Hause sind, daran zu denken: Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.“

„Arsch hoch. Gesagt, getan“, so wirbt die Webseite der AnStifter für den Stuttgarter Friedenspreis. Damit „anerkennen die Stifterinnen und Stifter Zivilcourage und das besondere Engagement für Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit. Ausgezeichnet werden sollen vor allem anstiftende, beispielhafte Initiativen.“ Vor Agustín Aguayo bekamen den Preis das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die palästinensische Schülerin Lama Tarayra, die Journalistin Giuliana Sgrena sowie Wolfram Hülsemann.

Die Mittel für den Friedenspreis kommen von 100 AnStiftern, die wiederum jedes Jahr 100 neue AnStifter suchen. Da alle Arbeit ehrenamtlich erfolgt, können Überschüsse aus Spenden in einen Fonds für die Stiftung Stuttgarter Friedenspreis fließen, die am 8. Mai 2006 gegründet wurde.

Vorschläge für den Stuttgarter Friedenspreis kann jeder machen. Eine geografische Grenze gibt es nicht. Eigenbewerbungen sind möglich, Vorschläge bitte bis 31. März jedes Jahres (mit maximal 2.000 Zeichen Begründung, falls möglich Verweis auf eine Website) an Die AnStifter einzusenden. Über die Preisträgerin/den Preisträger entscheiden mit Stimmenmehrheit in offener Wahl alle SpenderInnen. Im November 2008 wird der nächste Friedenspreis verliehen.

Kontakt: Peter Grohmann, Koordination der AnStifter, Kulturprojekte, Kabarett, Olgastraße 1 A, 70182 Stuttgart; eMail: Peter-Grohmann@Die-Anstifter.de, Telefon: 0711-2485677, Internet: www.die-anstifter.de

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg.

„Trotz alledem – Artikel 4,3 Grundgesetz ist sehr viel wert"

Interview mit Werner Glenewinkel, neuer Vorsitzender der Zentralstelle KDV, über Kriegsdienstverweigerung, Gewissensfreiheit und Menschenrechte

ZivilCourage: Werner, du bist vor einigen Wochen zum neuen Vorsitzenden der Zentralstelle KDV gewählt worden. Im KDV-Bereich warst du in den letzten Jahren nicht aktiv gewesen. Was hat dich bewogen, diese Aufgabe zu übernehmen?

Werner Glenewinkel: Die direkte Beschäftigung mit dem Thema und mit KDVern war tatsächlich in den letzten Jahren nicht mein Schwerpunkt. Aber das Thema war mir immer persönlich wichtig. Wenn man die KDV als den gesellschaftlichen Ansatzpunkt für die Auseinandersetzung um die Frage von Krieg und Frieden hält, dann habe ich mein Engagement in der Friedensbewegung, in der Kommunalpolitik und in sozialen Projekten in den letzten Jahrzehnten immer auch als KDVer gesehen. Mit der neuen Aufgabe in der Zentralstelle KDV schließt sich für mich damit auch ein Kreis in meinem Leben.

Begonnen hat dieser Kreis aber bei Bundeswehr.

Stimmt, ich war von 1965 bis 1967 bei der Bundeswehr und bin als Leutnant der Reserve ausgeschieden.

Bis du heute ein „richtiger" KDVer?

Ja und nein. In den Jahren nach der Bundeswehrzeit hat sich meine innere Überzeugung so gewandelt, dass ich eine Gewissensentscheidung gegen jeden Kriegsdienst getroffen habe. Ich bin also KDVer. Staatlich anerkannt bin ich allerdings nicht.

Opfer der Gewissensinquisition?

Die damalige Gewissensprüfung hat in der Tat viele junge Leute gegen ihren Willen zu einem Handeln verpflichtet und sie damit ohnmächtig gemacht. Insoweit ist die Verbindung von „Inquisition" und „Opfer" für viele die richtige Umschreibung dessen, was sie erleben mussten. Ich konnte nicht mehr zum Handeln gegen meine Überzeugung gezwungen werden, deshalb fühlte ich mich ziemlich sicher und nicht als Opfer. Ich habe aber – wie viele andere damals – schon sehr spezielle Erfahrungen mit der Verfassungswirklichkeit des Grundrechts auf KDV aus Gewissensgründen gemacht: Ich wurde in allen Instanzen abgelehnt, weil mein Gesinnungswandel nicht glaubwürdig gewesen sei.

Die Zentralstelle KDV wird also von einem Vorsitzenden geleitet, der vom Staat nicht als KDVer betrachtet wird, und von neun weiteren Vorstandsmitgliedern, von denen nur ein Einziger diese staatliche Anerkennung hat. Die anderen sind nichtwehrpflichtige Frauen, Totalverweigerer, Pfarrer, „weißer Jahrgang" usw. – alle ohne „Gewissens-TÜV".

Ja, und das ist gut so. Der satzungsmäßige Name ist „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissengründen e.V.". Alle Vorstandsmitglieder können aus verschiedenen Perspektiven und eigenem Erleben nachvollziehen, wie wertvoll das Recht auf KDV ist und wie notwendig sein Schutz – seit über 50 Jahren.

Die Übernahme deiner Aufgabe als Vorsitzender begann mit einer Diskussion über das Selbstverständnis der Zentralstelle KDV. Bei dieser Mitgliederversammlung gab es den Antrag, den Namensteil „aus Gewissensgründen" zu streichen. Hintergrund ist ein Verständnis von KDV, wie es z.B. der hessische DFG-VK-Landesgeschäftsführer Gernot Lennert in einem Artikel in der Zeitschrift „Forum Pazifismus" formuliert hat, das einen erheblichen Unterschied zwischen der „KDV aus Gewissensgründen" und einem universalen „Menschenrecht auf KDV" sieht. Wie ist deine Position zu diesem Antrag?

Zur formalen Seite: Die Zentralstelle KDV ist ein Verein mit bestimmten Regeln, was die Veränderung des Namens und der Satzung angeht. Insofern muss geklärt werden, ob die Voraussetzungen vorliegen bzw. wie diese zu schaffen wären. Zur inhaltlichen Seite: Ich kann der These von Gernot Lennert, die den Hintergrund des Antrages der IDK Berlin (Internationale der Kriegsdienstgegner/innen) bildet, dass es einen Widerspruch zwischen der KDV aus Gewissensgründen und einem Menschenrecht auf KDV gäbe, nicht folgen. Für mich ist das kein Widerspruch, weil das Grundrecht KDV aus Gewissensgründen ein Menschenrecht ist.

Der Unterschied liegt wohl darin: KDV aus Gewissensgründen beinhaltet die Einschränkung, dass nur derjenige, der Gewissensgründe geltend machen kann, die Anerkennung erhält. Die Entscheidungsmacht wird also von der Person auf den Staat verlagert. Militärdienstpflicht als Normalfall – KDV als Ausnahme.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 stellt in ihrem Artikel 1 fest, dass alle Menschen „mit Vernunft und Gewissen begabt" sind. Für mich ist das Anerkennen eines Gewissens eine Konkretisierung und Verwirklichung menschlicher Würde. Das Gewissen, mit dem jeder Mensch „begabt" ist, wird zu der Instanz, die mich als Individuum unverwechselbar macht und mir die Chance auf meine ureigene Selbstbestimmung gibt. Jede und jeder hat diese letzte innere Instanz, vor der sie und er verantwortlich sind. Die Entscheidungsmacht bleibt bei mir. Wenn jeder Wehrpflichtige – ich mache mal ein Gedankenspiel – von seiner individuellen Entscheidungsmacht Gebrauch machte und sich gegen den Kriegsdienst entscheiden würde, dann liefe die Wehrpflicht faktisch ins Leere.

Die BRD überprüft aber Gewissen!

Ja, und das ist absurd. Eine Gewissensentscheidung ist nicht überprüfbar. Auch wenn das Verfassungsgericht das leider gebilligt hat, so ergibt sich ein Gewissensprüfungsverfahren aus Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz keineswegs zwingend. Einzig richtig ist aus meiner Sicht: Jeder entscheidet selbst, ob er eine Gewissensentscheidung getroffen hat oder nicht. Wenn er eine getroffen hat und diese mitteilt, dann hat der Staat dies zu akzeptieren.

Liegt die Gefahr nicht sehr nahe, dass es immense Schwierigkeiten gibt, wenn man mit der Kategorie Gewissen argumentiert: Der Staat unterhält Militär und zwingt Menschen, dabei mitzumachen. Wer sich dem unter Berufung auf sein Gewissen verweigert, ist nachweispflichtig, dass diese Verweigerung wirklich aus Gewissensgründen erfolgt.

Das Grundgesetz billigt in zwei konkreten Fällen Menschen eine selbstbestimmte Gewissensentscheidung zu. In Artikel 4 Absatz 3 den KDVern, in Artikel 38 den Abgeordneten des Bundestages, die „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind. Die Verfassung geht mit den von dir angedeuteten Schwierigkeiten der Nachweispflicht auf unterschiedliche Weise um. Der KDVer muss seine Entscheidung nachweisen. Die des Abgeordneten wird selbstverständlich und völlig ungeprüft akzeptiert. Es reicht, wenn ein Parlamentarier beispielsweise erklärt, er könne aus Gewissensgründen einer Militärintervention wie in Afghanistan nicht zustimmen. Konsequenzen aus Gründen der Parteiraison und der Fraktionsdisziplin lassen wir mal außer Acht.

Dein Hinweis auf die Gewissensfreiheit der Abgeordneten beschreibt ein Verständnis, wie es wünschenswert wäre. Der Blick in die Geschichte – auch und gerade der Zentralstelle KDV – zeigt aber, dass es 50 Jahre zähen Kampfes und heftiger Auseinandersetzung bedurfte, bis wir endlich ein relativ liberales Verfahren für die staatliche KDV-Anerkennung hatten. Der Preis waren Tausende nicht anerkannter Verweigerer – du bist selbst einer von ihnen –, viele sind daran zerbrochen, und einige sahen für sich nur noch den Suizid als Ausweg. Die Gesellschaft insgesamt hat also einen sehr hohen Preis dafür bezahlt, dass der Staat mit diesem Grundrecht nicht liberal umgegangen ist.

In der Tat haben der Einzelne **und** die Gesellschaft einen hohen Preis bezahlt. Bis heute – Stichwort Wehrgerechtigkeit – erleben wir den Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Dies zeigt, wie wichtig eine solche Einrichtung wie die Zentralstelle KDV ist. Ohne sie wäre die Zahl der persönlichen Schicksale gewiss noch sehr viel größer gewesen.

Zurück zum Unterschied zwischen der KDV aus Gewissensgründen und der KDV als Menschenrecht: Individualisiert nicht die Gewissenskategorie die Frage von Krieg und Frieden und nimmt der KDV die politische Dimension?

Ich halte diesen Gegensatz für auflösbar. Die individuelle Gewissensentscheidung und die politische Dimension stehen in einer Wechselwirkung zueinander. Das eine geht nicht ohne das andere. Ich plädiere für ein Sowohl-als-auch anstatt eines Entweder-oder. Die individuelle Gewissensentscheidung des Major Pfaff hat zu einem bedeutsamen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts geführt, das die politische Dimension von Krieg und Frieden sehr deutlich werden lässt und konkrete Auswirkungen hat.

PazifistInnen und AntimilitaristInnen argumentieren, dass Krieg ein Verbrechen ist und deshalb nicht sein darf; auch die Vorbereitung des Krieges ist Unrecht, weshalb Militär abgeschafft werden muss. Das geht über die Ebene des rein Individuellen hinaus: Als Pazifist und Kriegsdienstverweigerer habe ich natürlich eine Gewissensentscheidung für mich persönlich getroffen, gleichzeitig will ich aber grundsätzlich nicht, dass irgendein anderer gezwungen wird, Soldat zu werden, töten zu lernen und das dann zu praktizieren.

Bezüglich einer Wechselwirkung zwischen den individuellen Entscheidungen und den strukturellen Rahmenbedingungen gibt es wohl keine Differenz zwischen uns. Du betonst die häufig zu erlebende Ohnmacht des Einzelnen gegenüber übermächtig erscheinenden Strukturen und belebst die Sehnsucht nach einer Welt ohne Krieg. Ich glaube, dass die Gewissensfreiheit im Allgemeinen den Weg für zivilgesellschaftliches Engagement und damit auch für Veränderungen im größeren, überindividuellen Rahmen eröffnet.

Die WRI-Grundsatzerklärung besagt, dass der Krieg ein Verbrechen ist und ich alles tun muss, dagegen anzugehen.

Diese Erklärung teile und unterstütze ich. Gleichwohl gibt es, wenn man in den Kategorien des demokratischen Rechtsstaats denkt, Situationen, in denen Entscheidungen rechtmäßig und gültig zustande gekommen sind, auch wenn sie mir nicht passen. An der Verfassungsmäßigkeit der Entscheidung für die Bundeswehr gibt es für mich keinen Zweifel. Ich unternehme zwar alles, dass wir uns in einer anderen Weise entscheiden, aber so lange muss ich die Entscheidung für Militär wohl hinnehmen. Und damit übrigens auch, dass die KDV aus Gewissensgründen in gewisser Weise ein Ausnahmerecht ist. Im Grundgesetz von 1949 war übrigens von Militär noch keine Rede, und es gab ja bis 1955 auch kein bundesdeutsches Militär. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir diesen Zustand wieder herstellen.

Die WRI-Grundsatzerklärung ist international und universell gültig, unabhängig davon, ob es in der Bundesrepublik den Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz gibt. Ich wäre doch in jeder Situation KDVer und würde den Militärdienstzwang als Teil der Kriegsvorbereitung ablehnen. Müssten wir aber nicht wegen der universellen Gültigkeit der pazifistischen Grundüberzeugung unabhängig von individuellen Gewissensentscheidungen für ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung eintreten?

Diese Haltung finde ich naiv im guten Sinne des Wortes – unbefangen, offen, ohne Hintergedanken, nicht diplomatisch. Aber sie ist aus meiner Sicht eben auch nicht realistisch. Menschenrechte sind nur dann etwas wert, wenn sie in ein rechtsstaatliches, überprüfbares Verfahren eingebettet sind. Es nützt gar nichts, ein Menschenrecht auf KDV aufzuschreiben, wenn es in der Realität keinen Anknüpfungspunkt gibt. Alle Betroffenen in Staaten, in denen es kein oder ein sehr beschränktes Recht auf KDV gibt, werden das schmerzlich bestätigen können. Insofern ist der Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz sehr viel wert, bei aller Kritik und allem Schwierigen.

Auch wenn du das als naiv bezeichnen magst: Als Pazifist habe ich zwar keine Macht, den Staat zu einem Verzicht auf Militär und Krieg zu zwingen. Ich kann aber eine Entscheidung darüber treffen, was gut und böse, was richtig und falsch ist, und den Staat ins Unrecht setzen. Er hat nicht Recht damit, wenn er Waffen exportiert, wenn er Militär aufstellt, es an den Hindukusch schickt und dort Krieg führt – das ist Un-

recht, unabhängig davon, wie die Mehrheitsverhältnisse sind und ob die Entscheidungen darüber parlamentarisch korrekt zustande gekommen sind.

Ja, das ist moralisch für mich unbestreitbar. Realpolitisch lässt sich von der Menschenrechtserklärung 1948 bis zur Verabschiedung der EU-Charta 2007 ein zwar im Schneckentempo begangener, aber bedeutsamer Weg erkennen. Nun ist zumindest innerhalb der Europäischen Union das Recht auf Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen verbindlich geregelt. Eine Gewissensentscheidung ist auch eine große Kraft, die innerhalb des staatlichen Gemeinwesens „ansteckend" wirken und politische Verhältnisse verändern kann, indem sie zu persönlichem Gewaltverzicht ermutigt und so ziviler Konfliktbearbeitung eine personelle Basis gibt. Vielleicht sogar im Sinne von Jo Leinen, der als Vorsitzender des Verfassungsausschusses des Europaparlaments geäußert hat, dass die Gewissensfreiheit eine nicht zu unterschätzende Form demokratischer Mitwirkung eröffnen kann und damit den Aufbau nichtmilitärischer Alternativen befördert.

Liegt der Unterschied zwischen den beiden Positionen „KDV aus Gewissensgründen" und „KDV als Menschenrecht" letztlich darin, ob man sich positiv auf den Staat bezieht oder nicht?

Mit der Verabschiedung der EU-Grundrechte-Charta ist das Recht der KDV als Bestandteil der Gewissensfreiheit verbindlich kodifiziert. Somit reduziert sich der von dir aufgezeigte Unterschied schon erheblich. Aber in der Tat: Grundrechte sind Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat. Der hat das Gewaltmonopol, nur er ist Inhaber legitimer Gewalt, was in der Regel bei der Polizei auch ohne weiteres akzeptiert wird. Das bedeutet, dass der Staat auch unter Ausübung körperlicher Gewalt die Einhaltung seiner Gesetze erzwingen kann, wie jeder Totalverweigerer bitter erfahren hat. Aber dieses Grundgerüst staatlicher Architektur, genannt demokratischer Rechtsstaat, darf meines Erachtens nicht in Frage gestellt werden.

Das Spektrum der 26 Mitgliedsverbände der Zentralstelle KDV ist sehr breit und reicht von pazifistisch-antimilitaristischen Verbänden wie z.B. der DFG-VK bis hin zu Verbänden, die die Bundeswehr nicht in Frage stellen. Wie gelingt es dennoch, konstruktiv zusammenzuarbeiten?

Werner Glenewinkel, 62, ist seit November neuer Vorsitzender der Zentralstelle KDV. Die Versammlung der 26 Mitgliedsverbände wählte den promovierten Juristen einstimmig zum Nachfolger von Barbara Kramer, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung stand, dem Vorstand aber weiter angehört. Werner Glenewinkel ist Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Bielefeld und bereitet mit einer Altersteilzeitregelung den Ruhestand vor. Er ist seit Jahrzehnten in der Region friedenspolitisch und sozial engagiert und war Ende der 1970er Jahre Mitbegründer der Bunten Liste Bielefeld. Die Grünen, denen er danach angehörte, hat er 1999 wegen ihrer Unterstützung des Kosovo-Krieges verlassen. Mit dem neuen Vorsitzenden, der auch ausgebildeter Familientherapeut, Supervisor und Mediator ist, sprach ***ZivilCourage***-Chefredakteur Stefan Philipp Mitte Januar in Bielefeld.

Foto: Stefan Philipp

Die eben geführte Diskussion um die Gewissensentscheidungen macht diese Spannbreite ja schon deutlich. Die Zusammenarbeit gelingt, wenn es diese unterschiedlichen Positionen geben darf, wenn sie ihren berechtigten Platz haben und gegenseitig toleriert werden. Die Klammer ist der satzungsmäßige Auftragsrahmen: sich für die uneingeschränkte Achtung der Glauben- und Gewissensfreiheit im Sinne des Grundgesetzartikels 4 einzusetzen, Informationen darüber zu fördern und zu Toleranz auf allen Gebieten der Kultur sowie zum friedlichen Zusammenleben mit anderen Menschen und Völkern aufzurufen. Damit werden unterschiedliche Ebenen, die individuelle, aber auch die gesamtgesellschaftliche angesprochen. Welche Akzentuierungen es dabei gibt, muss eben immer wieder ausgehandelt werden. Dass wir zweimal jährlich Mitgliederversammlungen machen, als Vorstand ausführlich berichten und Raum für Diskussion bieten, ist für die Zusammenarbeit sicher genauso hilfreich wie die Tatsache, dass sich das Spektrum der Mitgliedsverbände auch in unserem Vorstand widerspiegelt.

Worin siehst du deine Aufgabe als Vorsitzender?

Zunächst einmal darin, die positive und erfolgreiche Arbeit der vergangenen fünf Jahrzehnte fortzuführen und – entsprechend den aktuellen Ereignissen – weiterzuentwickeln. Als neu gewählter Vorsitzender und als jemand, der die Arbeit der Zentralstelle KDV bisher nur aus der Ferne beobachtet hat, möchte ich die Möglichkeit nutzen, mit den einzelnen Mitgliedsverbänden gewissermaßen naiv und unvorbelastet Kontakt aufzunehmen und die gemeinsamen Schnittmengen genauer anzuschauen. Was verbindet sie unter den Gesichtspunkten KDV, Krieg und Frieden, Entwicklung zivil-gesellschaftlicher Friedensfähigkeit, wo sind die Gemeinsamkeiten groß und wo geringer?

Die Zentralstelle tritt seit Anfang der 1990er Jahre für die Abschaffung der Wehrpflicht ein. In die Diskussion über diese Frage scheint nun auf der parteipolitischen Ebene Bewegung zu kommen: Die SPD hat auf ihrem Parteitag im letzten Herbst das Modell einer „freiwilligen Wehrpflicht" beschlossen. Wärst du mit einer solchen Lösung zufrieden, obwohl die Abschaffung der Wehrpflicht die Streichung von Artikel 12a Grundgesetz bedeuten müsste?

Da muss ich schmunzeln, weil ich diese Frage außerordentlich gut verstehen kann. Als Senior, der die 60 bereits überschritten hat, denke ich daran, was ich vor 30 Jahren geantwortet hätte: Natürlich müsse man viel energischer gegen das Grundübel ankämpfen, und alles andere, was sich der Beseitigung schlimmer Folgen widmet, wäre nur dazu geeignet, das Grundübel noch weiter zu verfestigen. Heute sehe ich das pragmatischer.

Wärst du heute mit der freiwilligen SPD-Wehrpflicht zufrieden?

Das Leben ist wie eine Springprozession mit einer Fülle von Schritten; wenn man zwei Schritte nach vorne gemacht hat, geht es oft wieder einen zurück. Es bedarf also eines langen Atems. Dass die Zentralstelle KDV diesen hat, das hat sie in ihrer über fünfzigjährigen Geschichte bewiesen.

Was heißt das konkret?

Ich wäre froh, wenn der SPD-Vorschlag gesellschaftlich mehrheitsfähig und politisch Wirklichkeit würde. Gleichzeitig möchte ich sagen: Das ist noch nicht das

Foto: Sebastian Philipp

Tobias Pflüger
Mitglied des Europäischen Parlaments und der DFG-VK

„Vom diplomatischen Protest bis zu Atomwaffen“

Am 22. Januar veröffentlichte die britische Zeitung *The Guardian* einen Bericht über ein Strategiepapier fünf hochrangiger ehemaliger Nato-Generäle, darunter dem ehemaligen Bundeswehr-General Klaus Naumann, das atomare Erstschläge als Teil der NATO-Strategie proklamiert. Dort heißt es u.a.: „Die atomare Eskalation bleibt weiterhin ein Element jeder modernen Strategie“ und „Ein derartiges Konzept der interaktiven Eskalation setzt Dominanz bei der Eskalation voraus, den Einsatz des ganzen Spektrums von Zuckerbrot und Peitsche, aller weichen und harten Machtinstrumente, vom diplomatischen Protest bis zu Atomwaffen.“

Ein sehr enger Mitarbeiter von Javier Solana, dem Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Robert Cooper, wird im entsprechenden Artikel des *Guardian* so zitiert: „Es könnte sein, dass wir als erste Atomwaffen einsetzen, ich würde mich allerdings hüten, das laut zu sagen.“

In der Debatte zum Iran habe ich Javier Solana in meiner Rede direkt u.a. gefragt: „Steht diese Aussage im Zusammenhang mit dem Iran und wann distanzieren Sie sich von dieser Aussage?“ Zuvor hatte ich schon in den Ausschüssen den slowenischen Außenminister und die slowenische Botschafterin bei der EU als amtierende EU-Ratsvorsitzende gefragt, was sie zu dieser Aussage meinen.

Dreimal habe ich, wie so oft im Europäischen Parlament, keine Antwort bekommen. Die Antwort müssen wir als Friedensbewegung geben. Die öffentliche Androhung eines „vorbeugenden“ Einsatzes von Atomwaffen ist ein Skandal. Sowohl das Nato-Strategiepapier als auch Robert Coopers Äußerung im *Guardian* sind offene Kriegspolitik.

Zugleich musste ich mit ansehen, wie der pakistanische Putschgeneral Pervez Musharraf im Europäischen Parlament hofiert wird, immerhin auch einer, der über Atomwaffen verfügt. Musharraf präsentierte Pakistan entgegen allen Fakten als funktionierende Demokratie. Pakistan sei verbindlicher westlicher Bündnispartner und habe u.a. in Afghanistan viel für den Westen getan. Auch „unsere“ Regierung schaut bei den „eigenen Schweinehunden“ gern weg.

Ende des Weges. Aber ich halte es nicht für produktiv, einen Schritt nicht zu tun, weil er die Tür nicht ganz aufmacht, sondern nur einen Spalt öffnet. Es geht letztlich doch darum, alle Schritte zu unterstützen, die zivilgesellschaftliches Engagement fördern – Stichwort Freiwilligen-Dienste – und zivile Konfliktbearbeitungsformen mit stetig wachsendem Vorrang versehen können.

Zurück zu deinen „radikalen Zeiten“: In den 1970er Jahren warst du in der Karlsruher DFG-VK-Gruppe aktiv...

... als ich während meiner Referendarzeit Mitglied wurde, war das noch die DFG-IDK. Die Fusion von DFG-IDK mit dem Verband der Kriegsdienstverweigerer zur DFG-VK 1974 habe ich noch mitgemacht.

Warum bist Du danach aus der DFG-VK ausgetreten?

Ich bin 1975 nach Bielefeld gezogen, wo ich mich dann kommunalpolitisch engagiert habe. In der DFG-VK war ich nicht mehr aktiv und habe deshalb keinen Grund mehr gesehen, weiterhin Mitglied zu bleiben.

Pazifist bist du aber immer geblieben, und die KDV ist nun auch wieder dein Arbeitsfeld. Willst Du wieder DFG-VK-Mitglied werden?

Ja, warum nicht?!

ZC

Die Sanitäterin im Krieg

Der Fall der Bundeswehrsoldatin Christiane Ernst-Zettl und der Bruch der Genfer Konventionen am Hindukusch/Von Jürgen Rose

Am 21. Dezember hat der US-amerikanische Sanitätsgefreite Agustín Aguayo den Stuttgarter Friedenspreis erhalten. Ausgezeichnet wurde der 35-Jährige, weil er es vorzog, seinem Gewissen zu folgen und dafür von der US-Militärjustiz wegen Desertion verurteilt zu werden, anstatt zum zweiten Mal Kriegsdienst im völkerrechtswidrig besetzten Irak zu leisten. Einer seiner Beweggründe zur Kriegsdienstverweigerung, die er dem Autor im persönlichen Gespräch mitteilte, bestand darin, dass in den US-Streitkräften Sanitätssoldaten vorsätzlich zum Dienst an der Waffe gezwungen werden, obwohl die Genfer Konventionen solches verbieten.

Analoges geschieht freilich auch in den Reihen der Bundeswehr im Rahmen des Krieges am Hindukusch, wie der Fall der Sanitätssoldatin Christiane Ernst-Zettl illustriert. Im Dienstgrad eines Hauptfeldwebels der deutschen Sanitätstruppe leistete diese vom 24. Februar bis 27. April 2005 Dienst in Afghanistan. Eingesetzt war sie in der Klinikkompanie des Sanitätseinsatzverbandes im 7. Kontingent der „International Security Assitance Force“ (Isaf) der Nato. Wie ihr Kamerad Aguayo wurde auch die Bundeswehrsanitäterin zum völkerrechtswidrigen Dienst an der Waffe befohlen.

Konkret ging es um die militärische Absicherung von „Camp Warehouse“, der in Kabul gelegenen Garnison der multinationalen Isaf. Am 16. April 2005 erhielt Hauptfeldwebel Ernst-Zettl Order, Personenkontrollen an afghanischen Frauen vorzunehmen, welche die Isaf als lokale Arbeitskräfte beschäftigt. Hierzu sollte sie ihre Rot-Kreuz-Armbinde ablegen, woraufhin Ernst-Zettl beim Sicherungszugführer, einem Oberleutnant, vorstellig wurde, um ihm zu melden, dass sie im Sinne des humanitären Völkerrechts Nichtkombattant sei und daher für Sicherungsaufgaben nicht eingesetzt werden dürfe.

Allein für ihre Meldung und den damit verbundenen Versuch, sich an die Bestimmungen der Genfer Konventionen zu halten, wurde die Soldatin mit einer Disziplinarbuße von 800 Euro belegt und „repatriiert“, das bedeutet, strafweise nach Deutschland zurückkommandiert. Die Begründung dafür wirkt bizarr: Sie hätte mit ihrem Verhalten den Sicherungszugführer verunsichert und so den ordnungsgemäßen Dienstablauf behindert. Das Fatale einer solchen Verfahrensweise liegt darin, dass Soldaten hierdurch abgeschreckt werden, sich mit den rechtlichen oder auch moralischen Implikationen ihres Handelns auseinanderzusetzen.

Skandalöserweise wurde die Beschwerde der Soldatin gegen ihre Maßregelung vom zuständigen Truppendienstgericht Süd abgewiesen. Dessen absurde Begründung lautete im Kern: „Ihr musste klar sein, dass der Sicherungszugführer diese Frage nicht sofort klären konnte ... und sie hat diesen damit bewusst instrumentalisiert.“ Weil sie nämlich – so das Gericht – die Angelegenheit drei Tage zuvor schriftlich ihrem Disziplinarvorgesetzten gemeldet und darauf noch keinen Bescheid erhalten hätte. Die Richter sahen darin einen „Missbrauch ihrer Rechte zu Lasten eines Kameraden“, warfen ihr vor, den Dienstbetrieb gestört zu haben, und attestierten ihr obendrein, dass ihr Handeln „ein bedenkliches Licht auf ihren Charakter“ würfe. Da es sich bei der verhängten Disziplinarbuße gemäß Wehrdisziplinarordnung lediglich um eine „einfache Disziplinarmaßnahme“ handelte, war gegen die letztinstanzliche Entscheidung des Truppendienstgerichtes kein weiteres Rechtsmittel mehr gegeben.

Indes ließ sich die smarte Sanitätssoldatin ihren Schneid so schnell nicht abkaufen und beschwerte sich erneut. Zum einen gegen ihrer Ansicht nach von den zuständigen Instanzen im Laufe der Beschwerdebearbeitung begangene Verfahrensfehler sowie andererseits gegen den Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr wegen in seinem Auftrag erteilter völkerrechtswidriger Befehle.

Nachdem das Bundesministerium der Verteidigung die Bearbeitung dieser Beschwerden monatelang verschleppt hatte, beantragte Ernst-Zettl schlussendlich die Entscheidung des zuständigen Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig. Dort hat nun der 1. Wehrdienstsenat am 27. November beschlossen, die Anträge der Sanitäterin als unzulässig zu verwerfen (Aktenzeichen BVerwG 1 WB 58.06, 64.06).

Mit ihrem Beschluss demonstrierten die Bundesverwaltungsrichter vor allem eines, nämlich ihre Kunstfertigkeit, mit der sie es verstehen, die Antragstellerin über die vertrackten prozessualen Fallstricke der Wehrgerichtsbarkeit stolpern zu lassen. So wird Ernst-Zettl im Hinblick auf die von ihr beanstandeten Verfahrensfehler mit dem lakonischen Hinweis abgefertigt, dass ihr Antrag unzulässig sei, „weil die Art und Weise der Verfahrensbehandlung nicht zum Gegenstand eines selbständigen Verfahrens vor den Wehrdienstgerichten gemacht werden kann“. Im Klartext heißt dies: Solange das Resultat eines Beschwerdeverfahrens stimmt, kommt es auf die Einhaltung des vorgeschriebenen Verfahrensgangs nicht an. Und über das Resultat konnten die Richter am Bundesverwaltungsgericht nicht mehr entscheiden, denn das hatten die Kollegen am Truppendienstgericht ja zuvor schon rechtskräftig erledigt.

Bedeutsamer noch sind die Einlassungen der Bundesverwaltungsrichter zu dem zweiten Beschwerdepunkt der Sanitätssoldatin, nämlich festzustellen, dass der in Afghanistan mit einem Mandat der Vereinten Nationen unter Kommando der Nato als Teil der Isaf eingesetzten Sanitätstruppe völkerrechtswidrige Befehle und Weisungen erteilt worden seien. Diesbezüglich lautet der höchstrichterliche Bescheid, dass „das Wehrbeschwerdeverfahren ... nicht dazu [dient], das Handeln oder die Anordnungen bzw. Erlasse von Vorgesetzten oder Dienststellen der Bundeswehr im Allgemeinen zu überprüfen.“

Der Soldat kann „die Wehrdienstgerichte nur dann anrufen, wenn sein Antrag bzw. seine Beschwerde eine Verletzung seiner Rechte oder eine Verletzung von Vorgesetztenpflichten ihm gegenüber zum Gegenstand hat, ...“. Ausschließlich dann, wenn er selbst unmittelbar in seinen Rechten verletzt ist, steht dem Soldaten der Weg zur wehrgerichtlichen Überprüfung offen. Da freilich die Sanitätssoldatin Ernst-Zettl durch die ihrer Auffassung nach völkerrechtswidrigen Befehle und Weisungen in eigener Person gar nicht betroffen und damit auch nicht beschwert sei, müsse ihr Antrag als unzulässig zurückgewiesen werden. Im Übrigen hätte bezüglich der Befehle und Maßnahmen, durch die sie während ihres Einsatzes in Kabul tatsächlich konkret betroffen war, bereits das Truppendienstgericht rechtskräftig entschieden, weshalb eine erneute Sachprüfung ausgeschlossen sei.

Wiewohl formaljuristisch durchaus korrekt, offenbart der vorliegende Prozess – ganz ähnlich wie die einschlägigen Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht – erneut die Ohnmacht des Bürgers gegenüber den immer offener zutage tretenden Tendenzen der Exekutive zum habituellen Völkerrechtsbruch. Das deprimierende Resultat der Causa Ernst-Zettl: Eine völkerrechtstreue Soldatin wurde sang- und klanglos abgemeiert, im Bundesministerium der Verteidigung lachen sich die Völkerrechtsverbieger ins Fäustchen und in Afghanistan liegen weiterhin die Sanitäter hinterm Maschinengewehr, um sich ihre Kundschaft selbst zu schießen. Glorreiche Zeiten am Hindukusch.

Dipl.-Pädagoge Jürgen Rose ist Oberstleutnant der Bundeswehr. Er vertritt in diesem Beitrag nur seine persönlichen Auffassungen. ZC

Foto: Stefan Philipp

Christiane Ernst-Zett beim DFG-VK-Bundeskongress 2007 in Schweinfurt

Frieden und Sicherheit für Afghanistan – Handlungsoptionen der Friedensbewegung

Bericht über die fünfte Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden/Von Robert Hülsbusch

Zunächst die gute Nachricht: Es gibt sie! Alternativen zum Militäreinsatz in Afghanistan. Zivile Auswege aus der militärischen Sackgasse. Dies wurde auf der fünften Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden im Januar in Aachen deutlich.

Zeitweise über 150 VertreterInnen der mehr als 40 in der Kooperation für den Frieden zusammengeschlossenen Friedensorganisationen entwickelten darüber hinaus Handlungsoptionen für die Friedensbewegung in der Bundesrepublik für das Jahr 2008 – darunter auch Joachim Schramm, nordrhein-westfälischer DFG-VK-Landesgeschäftsführer, und Monty Schädel, DFG-VK-Bundesgeschäftsführer. Die DFG-VK ist von Beginn an mit im Arbeitsgremium „Kooperationsrat“ vertreten.

Fragestellung und Thematik der Tagung waren wahrlich keine einfach verdauliche Kost für Friedensbewegte und PazifistInnen. Andreas Buro brachte den Knackpunkt der Diskussion auf den Nenner: „Die westliche Intervention steht vor einem doppelten Dilemma. Sie ist weder in der Lage, militärisch eine stabile und sichere Ordnung zu bewirken, noch kann sie dies allein durch den Abzug ihrer Truppen erreichen.“ Also: Allein der Slogan „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ greift zu kurz, macht es sich zu einfach. Es ging an diesem Wochenende darum, auf der Grundlage einer differenzierenden Analyse der Situation in Afghanistan eine wegweisende Alternative zu entwickeln.

Die Analyse nahm im Expertengespräch am Freitagabend einen großen Raum ein (siehe Kasten rechts). Alternativen wurden in den Arbeitsgemeinschaften am Samstagvormittag vorgestellt und ausführlich diskutiert. Drei Ansätze kristallisierten sich dabei heraus

Ansätze für eine zivile Alternative in Afghanistan

Die Situation in Afghanistan kann nicht schlagartig verändert werden. Jede Diskussion unter dem Vorzeichen „Wenn morgen alle Truppen abziehen“ ist völlig unrealistisch. Zu suchen ist nach einer Möglichkeit der Weichenstellung hin zur Zivilen Konfliktbearbeitung in der Situation des fortgeführten Krieges.

Erst wenn die afghanische Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erkennen kann, wird sie sich auch für Frieden engagieren. Wir fordern deshalb eine Umkehr und eine zivile Entwicklungs- und Friedenspolitik für Afghanistan und seine Menschen. Das ist nicht mit mehr Soldaten, sondern nur mit mehr friedenspolitischem Engagement zu erreichen. Deutschland könnte hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Deutschland verlängert nicht das Mandat für Isaf, Tornado und Enduring Freedom und gibt damit ein deutliches Signal der Neuorientierung. Dabei nennt Berlin ein festes Datum, bis zu dem die deutschen Truppen aus Afghanistan abgezogen sein werden.

Berlin gibt gleichzeitig bekannt, es würde seine zivile Hilfe um den Betrag aufstocken, der durch den Abzug der Truppen frei würde. Das sind 500 bis 600 Millionen Euro. Die GTZ wird beauftragt, angepasste Technologien für die Bedingungen in Afghanistan vorzuschlagen, die möglichst vor Ort umgesetzt werden können.

Diese Mittel stünden für Entwicklungsprojekte in Afghanistan zur Verfügung, die von Orten und/oder Regionen des Landes gemeinsam für wichtig und nützlich gehalten werden und tatsächlich die Lebensbedingungen der Menschen vornehmlich auf dem Lande verbessern. Dort ginge es auch um Arbeitsplätze unabhängig vom Mohnanbau.

Dabei sollten zunächst Regionen mit besonders günstigen Bedingungen ausgewählt werden, in denen auch eine gewisse Konzentration von Projekten verwirklicht werden kann. Dies hätte die besondere Ausstrahlungswirkung auf andere Regionen: Frieden und Kooperation lohnen sich!

Foto: Robert Hülsbusch

Dabei ginge es auch um die Einbeziehung und die örtliche oder regionale Zustimmung derjenigen Kräfte, die sich den Taliban zuordnen. Auf diese Weise könnte Dialog und Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte vor Ort, sowie Vertrauen untereinander gefördert werden. Die folgenden Prinzipien könnten maßgebend sein:

Vorschläge für Projekte können von allen Seiten gemacht werden. Alle zuständigen Kräfte werden zur Erörterung der Projekte von denen eingeladen, die den Vorschlag gemacht haben. Projekte werden nur verwirklicht, wenn alle Seiten einschließlich der Geber zustimmen. Bei Nicht-Einigung werden die Projekte nicht verwirklicht. Für die Ausführung von Arbeiten werden möglichst örtliche Kräfte mit einbezogen, auch wenn sich dadurch die Kosten erhöhen sollten. Wichtig ist, dass Einkommen durch Arbeit entsteht. Korruption ist nicht hinnehmbar, selbst wenn dann ein Projekt nicht verwirklicht werden kann. Projekte und die dabei gemachten Erfahrungen sind zu publizieren, um die Arbeit und ihre Prinzipien bekannt zu machen. Das kann die Projektarbeit ausweiten.

Die Bundesregierung appelliert an die Nato und die Aufständischen, solche Projekte, Orte und Regionen nicht in die Kriegführung einzubeziehen, selbst wenn an den Projekten Taliban-nahe Kräfte beteiligt sind. Solche Appelle sollten auch von denjenigen ausgehen, die an den Projekten interessiert sind und dort mitarbeiten.

Die Bundesregierung bemüht sich gleichzeitig darum, dass andere Nato- und EU-Staaten ihrem Beispiel folgen.

Mit einer derartigen Politik könnte Deutschlands eine Wende vom Krieg zur zivilen Konfliktbearbeitung, von der Konfrontation zum Dialog einleiten. Das wäre ein Signal, das weit über Afghanistan hinaus in vielen islamischen Ländern gehört werden würde.

Andreas Buro

(nachzulesen auf der Homepage der Kooperation: www.koop-frieden.de). Wie auch immer die Präferenzen für den ein oder anderen Ansatz bei den TeilnehmerInnen der Konferenz verteilt waren – klar war doch, was Andreas Buro zum Schluss der Tagung formulierte: „Insgesamt handelt es sich um eine ambitiöse und komplexe zivile Alternative, deren Ziele weit über Afghanistan hinausgehen. Es lohnt sich also, dafür zu arbeiten." Was gearbeitet werden soll, das stand auf den vielen Plakaten am Ende der Strategiekonferenz. Insgesamt zielen die Aktionen auf den Herbst, wenn im Bundestag wieder über eine Verlängerung der Mandate diskutiert und entschieden werden wird.

Aktionsideen der Strategiekonferenz:

- Bildung einer Afghanistan-Kontaktgruppe mit dem Ziel, ein Dossier über zivile Alternativen für Afghanistan zu veröffentlichen. Kontakt: Andreas Buro – info@koop-frieden.de (Weitere Dossiers zu Krisen- und Kriegsherden siehe www.koop-frieden.de)
- Initiierung eines öffentlichen Diskurses über das 20-Punkte-Programm von Herbert Sahlmann. Kontakt: Friedensinitiative Nottuln – info@fi-nottuln.de
- Einrichtung eines Afghanistan-Veranstaltungsservices für örtliche Friedensgruppen (Referentenlisten, Material, Plakate usw.). Kontakt: Kooperation für den Frieden – info@koop-frieden.de
- Einladung der Theatergruppe Berliner Compagnie mit ihrem neuen Theaterstück zu Afghanistan. Kontakt: www.berlinercompagnie.de
- Aufforderung an Bundeswehrsoldaten, nicht nach Afghanistan zu gehen. Kontakt: DFG-VK (office@dfg-vk.de), Connection e.V. (office@Connection-eV.de), Darmstädter Signal (www.darmstaedter-signal.de)
- Thematisierung der Abhängigkeit vom Öl mit der Plakataktion „Energiepolitik ist Umweltpolitik ist Friedenspolitik". Kontakt: Kooperation für den Frieden – info@koop-frieden.de
- Entwicklung einer Druckkampagne zum Herbst – Keine Verlängerung der Mandate
- Dezentrale örtliche Aktivitäten wie Mahnwachen, Kontaktaufnahme zu den Bundestagsabgeordneten

Robert Hülsbusch ist ehemaliger DFG-VK-Bundessprecher, aktiv in der Friedensinitiative Nottuln und Mitglied im Kooperationsrat der Kooperation für den Frieden.

Die Lage in Afghanistan ist verheerend. Zivilmilitärische Zusammenarbeit beenden!

Expertengespräch im Rahmen der Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

Die Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen? Darauf mochte sich keiner der Podiumsteilnehmer festlegen. Der Moderator des Expertengesprächs, Joachim Zinsen, Politikredakteur der „Aachener Nachrichten", hielt vergeblich Ausschau in die Runde seines Podiums, um dann nach differenzierten Auswegen aus dem Krieg zu fragen. Und diese trugen die Teilnehmer der Diskussion dann auch vor. Der Einladung der Kooperation für den Frieden waren gefolgt: Christoph Hörstel, Afghanistan-Experte, Buchautor und Politikberater; Katja Maurer, Pressesprecherin Medico International und Expertin für Projektarbeit in Afghanistan; Jürgen Rose, Oberstleutnant der Bundeswehr und Verweigerer der logistischen Mitarbeit für Tornado-Einsätze; Herbert Sahlmann, ehemaliger Entwicklungsbeauftragter des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Ostprovinzen Afghanistans, und Andreas Zumach, Publizist und Journalist.

150 Zuhörer verfolgten am Vorabend der fünften Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden ein interessantes Expertengespräch. Und sie erlebten im ersten Teil des Abends eine vernichtende Analyse der gegenwärtigen Afghanistan-Intervention. Christoph Hörstel zitierte aus einer „Risc-Study" für amerikanische Söldner: Ganz Afghanistan werde als Risiko-Gebiet eingestuft. Im Einzelnen konstatierte Hörstel: Die afghanische Armee sei „nicht ausbaufähig", die Desertionsrate sehr hoch. Die afghanische Polizei sei „nutzlos". Auch von dieser „Truppe" würden viele desertieren. Die afghanische Regierung sei ebenso „nutzlos". Präsident Karsai sei nicht einmal mehr Bürgermeister von Kabul. Er sei nur noch „Herr über seinen eigenen Stuhl." Die Entwicklungshilfe für Afghanistan sei ein „Feigenblatt". Zudem präge „schlechtes Management" diese Arbeit. Und der Kriegsverlauf? Hörstel: „Eine Niederlage ist unabwendbar!"

Andreas Zumach teilte im Wesentlichen diese Einschätzung. Der Petersberg-Prozess („Von Kabul aus soll Stabilität im ganzen Land ausgehen!") habe nicht funktioniert. Zumach: „Der Ansatz war grundlegend falsch." Überhaupt sei der Ansatz, den Terrorismus militärisch zu besiegen, von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen. Auch wenn im Norden Afghanistans zunächst die Entwicklung des Aufbaus hoffnungsvoll verlaufen wäre, der Krieg im Süden, Osten und Westen hätte diesen Ansatz unterlaufen. Und wenn dies so sei, müsse die Frage gestellt werden, ob es wirklich das Ziel des Krieges gewesen sei, Terrorismus einzudämmen. Zumach: „Ist es möglich, dass die USA auf Dauer einen Konflikt in diesem Raum wollten und wollen, um eine starke US-Präsens zu legitimieren?" Und wenn diese Frage bejaht werde, hätten dann zivile Maßnahmen in Afghanistan überhaupt einen Sinn?

Eine deutliche Kritik der zivilmilitärischen Zusammenarbeit (ZMZ) formulierte Katja Maurer. Die Unterstützung von zivilen Maßnahmen durch Militär gefährde diese. Maurer: „Das ist ein gefährliches Konzept. Die dramatischen Entwicklungen in Afghanistan belegen dies." Militär arbeite vollkommen anders als zivile Hilfsorganisationen. Maurer: „Die Bundeswehr verlässt die Camps nicht und spricht nicht mit der Bevölkerung." In einem Papier hätte sich der Dachverband der entwicklungspolitischen Organisationen Venro deutlich für die Abkehr vom Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit ausgesprochen.

Etwas differenzierter sah Herbert Sahlmann die Lage in Afghanistan. Die drei Säulen der bundesdeutschen Afghanistan-Politik seien Dialog, Entwicklungspolitik und militärische Absicherung. Doch auch Sahlmann sieht dieses Konzept gefährdet. Sahlmann: „Die Bundeswehr strahlt Gewalt aus. Gerade der KSK-Einsatz ist ein Problem." Im Norden von Afghanistan sei einiges an positiver Entwicklung in die Wege geleitet worden. Aber mit Fortschreiten des Krieges im Süden distanzierten sich immer mehr zivile Entwicklungsorganisationen auch vom militärischen Einsatz der Bundeswehr. Ein Strategiewechsel müsse schnell her. Allerdings sei ein sofortiger Abzug der Bundeswehr nicht sinnvoll. Das würde chaotische Auswirkungen zulasten der Zivilbevölkerung mit sich bringen.

Ausführlich wurden im zweiten Teil des Abends Exitstrategien vorgestellt und intensiv diskutiert.

Robert Hülsbusch

„Boykottiert Waffenexporteure!“

Interview mit Jayantha Dhanapala, ehemaliger stellvertretender UN-Generalsekretär für Abrüstungsfragen und Präsident der Pugwash-Bewegung

ZivilCourage: Herr Dhanapala, Sie engagieren sich sehr für die atomare Abrüstung. Das „Fenster der Möglichkeit“ (window of oppportunity), das sich nach dem Ende des Kalten Krieges in den 1990er Jahren öffnete, wurde leider nicht genutzt. Welche Chancen sehen Sie, eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen, und was sind in Ihrer Sicht geeignete Strategien?

Jayantha Dhanapala: Die Pugwash-Bewegung war während des Kalten Krieges und auch danach eine treibende Kraft der Bewegung für atomare Abrüstung, und dies wurde durch die Verleihung des Friedensnobelpreises 1996 anerkannt. Wir haben uns damals grundsätzlich für dieselbe Sache eingesetzt wie heute, dass wir uns an unsere Menschlichkeit erinnern und die zerstörerischste Waffe, die jemals von Menschen erfunden wurde, abschaffen. Dass seit Hiroshima und Nagasaki 1945 keine Atomwaffen mehr zum Einsatz gekommen sind, ist mehr auf schieres Glück zurückzuführen als auf die Klugheit der Atomwaffenstaaten. Heute können wir mit der Weiterverbreitung von Atomwaffen an andere Staaten und möglicherweise sogar an terroristische Gruppen nicht länger auf das Glück vertrauen, insbesondere nicht nach den Aktivitäten von Akteuren wie Dr. A.Q. Khan und seinem Netzwerk. Außerdem wird der Einsatz von Atomwaffen von einigen Atomwaffenstaaten, die bunkersprengende Bomben und „zuverlässig austauschbare Sprengköpfe“ (Reliable Replacement Weapon = RRW) entwickeln, vorsätzlich eingeplant. Daher ist es eine reale Möglichkeit, dass Atomwaffen unabsichtlich oder absichtlich von Staaten oder nichtstaatlichen Akteuren zum Einsatz gebracht werden mit all ihren schrecklichen Konsequenzen für die Menschheit. Auch das zunehmende Vertrauen in die Atomenergie im Zuge des Klimawandels erhöht die Gefahr der atomaren Weiterverbreitung. Konventionelle Waffen können die Zwecke der nationalen Verteidigung und Abschreckung, die für Atomwaffen reklamiert werden, genau so gut erfüllen. Wir müssen daher mit Unterstützung der Zivilgesellschaft die Behauptung, Atomwaffen seien legitime Waffen, zurückweisen und ihre Abschaffung verlangen. Wenn es keine Atomwaffen mehr gibt, hat auch das Problem der Weiterverbreitung aufgehört zu existieren.

Das IPB-Seminar in Alexandria stand unter der Überschrift „Nachhaltige Abrüstung für nachhaltige Entwicklung“. Was sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Verbindungslinien zwischen diesen beiden Bereichen?

Die Verbindung zwischen Abrüstung und Entwicklung geht weit über die simple Alternative hinaus, die in dem „Gewehre oder Butter“-Dilemma nahe gelegt wird, das sich der Menschheit seit Jahrhunderten stellt. Es stimmt, dass in einer Welt, in der für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind 184 US-Dollar jährlich für Rüstung ausgegeben werden, eine Milliarde Menschen in absoluter Armut leben mit einem Einkommen von weniger als einem Dollar pro Tag. Aber es geht nicht nur darum, dass die Verteilung von Ressourcen schief wird und falsche Prioritäten gesetzt werden, wenn Regierungen mehr für Waffen ausgeben als für Bildung und Gesundheit. Größere Bedeutung hat, dass durch die Verbreitung von Waffen Unsicherheit er-

Im November 2007 fand die Jahrestagung des Internationalen Friedensbüros (International Peace Bureau – IPB) in Alexandria statt. Das zugehörige Seminar stand unter der Überschrift „Nachhaltige Abrüstung für nachhaltige Entwicklung“. Seit 2005 befasst sich das Friedensbüro mit diesem Schwerpunktthema. Mit einer langjährigen und breit angelegten Kampagne soll versucht werden, an die Erkenntnisse der 1980er Jahre (als das Thema in den Vereinten Nationen und weiteren internationalen Foren breit diskutiert wurde) anzuknüpfen und über die Friedensbewegung hinaus andere soziale Bewegungen sowie breitere Teile der Zivilgesellschaft anzusprechen.

Die deutsche Fassung des Handbuchs zur IPB-Kampagne „Wessen Prioritäten? Ein Handbuch für Kampagnen zu militärischen und sozialen Ausgaben“ ist auf der Homepage des IPB abrufbar (*www.ipb.org/Prioritaten Deutsch.pdf*; auf Seite 35 f. wird unter den Aktionsbeispielen die DFG-VK-Fahrradtour „Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa“ beschrieben.)

Das Seminar in Alexandria war m.E. ein gelungener Baustein in dieser Kampagne. Beobachter aus den Außenministerien arabischer Staaten waren ebenso anwesend wie (ehemalige) Diplomaten und Wissenschaftler. Für diesen Teilnehmerkreis stand (offiziell als Thema unter dem Aspekt atomare Abrüstung oder latent) der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern/Arabern im Vordergrund. Die sozialen Folgen des Wettrüstens bzw. Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung wurden von NGO-Vertretern aus Nord- und Südamerika, Asien, Europa und Afrika thematisiert und auf beachtlichem Niveau diskutiert. Darüber hinaus gab es für mich abseits des Konferenzprogramms u.a. eine spannende Diskussion mit einem aktiven Oberst der nigerianischen Armee über „humanitäre Interventionen“, während abends im Café „Friedensdiplomatie von unten“ bei schwierigen Gesprächen mit Ägyptern über „die Juden“ angesagt war, die nach allgemeiner Überzeugung der Anwesenden alle Araber vernichten wollen.

Da ein Konferenzbericht ohnehin nur begrenzte Einblicke geben kann, habe ich mich entschlossen, in einer Folge von 3 Beiträgen (2 Interviews und ein Gastbeitrag) die Bandbreite des in Alexandria diskutierten Spektrums in dieser und den folgenden Ausgaben der ***ZivilCourage*** vorzustellen. Zu Beginn steht ein Interview mit Jayantha Dhanapala, der kürzlich zum Präsidenten der Pugwash-Bewegung gewählt wurde.

Guido Grünewald ist Internationaler Sprecher der DFG-VK und Vertreter beim IPB.

zeugt wird und dass die Bedingungen absoluter Armut Gewalt und Terrorismus hervorbringen. Wettrüsten ist per se nicht mit Nachhaltigkeit vereinbar. Nur die vollständige und überprüfbare Vernichtung der Massenvernichtungswaffen und die Begrenzung konventioneller Waffen auf das geringstmögliche Niveau, das mit den Erfordernissen der nationalen Sicherheit vereinbar ist, kann als nachhaltige Abrüstung betrachtet werden. Die UN-Charta sieht keine völlig waffenfreie Welt vor, wie die Artikel 51 (Recht der Staaten auf Selbstverteidigung) und 42 (Recht auf kollektive Selbstverteidigung im Fall einer Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit) zeigen. Sicherheit auf dem geringstmöglichen Niveau von Rüstung wird eine nachhaltige Entwicklung unter Bedingungen von Stabilität und Ordnung ermöglichen. Die Umwelt muss vor den schädlichen Folgen von Atomtests, Kriegen, dem Einsatz von Landminen und anderer Waffen geschützt werden.

Viele Staaten, aber durchaus auch Teile der Bevölkerung, sehen ein Spannungsverhältnis zwischen Abrüstung und Sicherheit. Welches Sicherheitskonzept vertreten Sie und welche Rolle spielen in diesem Konzept Abrüstung und Entwicklung?

Sicherheit war in der Vergangenheit rein militärisch definiert. Es war daher logisch, ein auf Waffen basiertes Sicherheitskonzept als Zielvorstellung zu haben. Heute haben wir eine wesentlich erweiterte Vorstellung von Sicherheit. Ein bewaffneter Friede mit seinen inhärenten Spannungen kann den Bürgern eines Landes keine Sicherheit bieten. Die Vereinten Nationen haben ein Sicherheitskonzept entwickelt, das auf dem Dreiklang von Frieden und Sicherheit, Entwicklung sowie Menschenrechten beruht. Fehlt eine dieser drei Säulen, haben wir eine Welt, die deutlich weniger sicher ist. Dieses umfassende Sicherheitskonzept ist der komplexen Welt von heute angemessen, in der wir mit einer Vielzahl von Herausforderungen – politischen, wirtschaftlichen, ökologischen , sozialen und kulturellen – konfrontiert sind. Wir sind uns außerdem heute sehr viel mehr bewusst, wie stark wir global miteinander vernetzt sind, so dass die unsichere Lage einer Nation uns alle gefährden kann. Kein Staat kann heute mehr Sicherheit auf Kosten eines anderen Staates erreichen. Wir brauchen daher ein weltweites kollektives Sicherheitssystem, das auf Zusammenarbeit beruht. Mehr Rüstung erzeugt Spannungen zwischen den Staaten sowie Unsicherheit. Transparenz in Bezug auf Waffenarsenale und vertrauensbildende Maßnahmen stärken die Sicherheit.

In den 1980er Jahren wurde das Verhältnis von Abrüstung und Entwicklung in den Vereinten Nationen und darüber hinaus breit diskutiert. Aus welchen Gründen ist dieser Impuls verloren gegangen? Warum wird der Zusammenhang von Abrüstung und Entwicklung heute in den UN und anderen internationalen Foren nur noch selten erwähnt?

Das Abschlussdokument der UN-Konferenz über das Verhältnis von Abrüstung und Entwicklung von 1987 enthält ein Programm, das immer noch auf seine Umsetzung wartet. Es bleibt Papier aufgrund der entschiedenen Opposition seitens der Industriestaaten und des fehlenden gemeinsamen Handelns seitens der Entwicklungsländer. Eine jüngere Studie der UN hat die Schlussfolgerungen des Dokuments von 1987 auf den aktuellen Stand unserer heutigen globalisierten Welt gebracht. Die Streitpunkte zwischen dem Norden und Süden bestehen weiter, aber es gibt auch Widersprüche zwischen den Entwicklungsländern, da Rüstungsausgaben den Vorzug vor Ausgaben für Entwicklung haben, entweder in Verfolgung einer aggressiven Politik oder aus Prestigegründen. Die Verbindungen zwischen Waffenproduzenten im industrialisierten Norden und Kunden im Süden blühen. Von 2002 bis 2006 hat der internationale Rüstungstransfer um mehr als 50 Prozent zugenommen, wobei auf die USA und Russland jeweils etwa 30 Prozent der weltweiten Waffenlieferungen entfallen. Ein Vertrag über den Waffenhandel, der vorgeschlagen wurde und im Rahmen der Vereinten Nationen geprüft wird, ist vielleicht ein Instrument, um die Umsetzung des Abschlussdokuments von 1987 voranzubringen und eine wirkliche, aus Abrüstung stammende Friedensdividende für eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten.

Welche Rolle können Organisationen der Zivilgesellschaft dabei spielen, wichtige Themen wie die Verbindung von Abrüstung und Entwicklung in den Mittelpunkt der internationalen Diskussion und Entscheidungsfindung zu bringen?

Jayantha Dhanapala ist Präsident der Pugwash-Bewegung. Der 69-Jährige hat eine herausragende Karriere im Auswärtigen Dienst Sri Lankas absolviert. 1995 war er Botschafter seines Landes in den USA sowie von 1998 bis 2003 stellvertretender UN-Generalsekretär für Abrüstungsfragen. Er hat in dieser Zeit vielfältige Initiativen für Abrüstung unternommen und sich bemüht, das Thema Abrüstung und Entwicklung in den UN wiederzubeleben. Jayantha Dhanapala hat sich als einer von wenigen hochrangigen Diplomaten stets dafür eingesetzt, den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft in den internationalen Foren und Körperschaften zu vergrößern. Das International Peace Bureau zeichnete in bei seiner Jahrestagung im November in Alexandria mit dem Sean MacBride-Preis aus.

Für die ***ZivilCourage*** sprach Guido Grünewald mit Jayantha Dhanapala.

Ich habe immer daran geglaubt, dass der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle in der nationalen und internationalen Politik zukommt. Vor einiger Zeit beschrieb die New York Times die Zivilgesellschaft als „die andere Supermacht“, und das ist sie tatsächlich. Allerdings müssen wir die Zivilgesellschaft mobilisieren, damit sie handelt. Ein herausragendes Beispiel ist, wie die Internationale Kampagne zur Ächtung von Bodenminen unter Führung von Jody Williams das einfache Instrument der eMails genutzt hat, um den Ottawa-Prozess in Gang zu bringen, der schließlich die Ächtung der Minen erreichte. Dies kann auch in anderen Be-

reichen von Abrüstung wiederholt werden. So könnten die momentanen Bemühungen der Zivilgesellschaft um die Ächtung von Streumunition an Fahrt gewinnen. Dieselbe Aufmerksamkeit benötigen wir, um auf die Verbindung von Abrüstung und Entwicklung aufmerksam zu machen. Wir brauchen Wachhunde der Zivilgesellschaft, die Vereinbarungen zwischen Regierungen und Waffenhändlern über Rüstungskäufe aufdecken. Wir müssen vollständige Transparenz fordern. Dazu sollten wir uns der nationalen Justiz und der Medien bedienen. Wir müssen den Bürgern erklären, dass Geld, das für Waffen ausgegeben wird, ihnen Mittel raubt, die für Nahrung, Schulen, Krankenhäuser und andere Wohlfahrtprojekte verwendet werden können.

In Alexandria haben Sie vorgeschlagen, die 25 weltweit größten Waffenproduzenten zu boykottieren. Bitte sagen Sie uns etwas zu den Möglichkeiten und Problemen einer derartigen Aktion.

Die Kampagne gegen die Apartheid war global wegen der breiten Abscheu über den Rassismus des damaligen Regimes in Pretoria. Der Boykott gegen südafrikanische Waren und südafrikanische Sportler war bemerkenswert erfolgreich. Wir können die gleiche Ablehnung hervorrufen gegen Waffenhändler, die von Waffenlieferungen an Entwicklungsländer profitieren und Konflikte verschärfen, während sie gleichzeitig nicht-staatlichen Akteuren Waffen für terroristische Zwecke verfügbar machen. Wir müssen der Welt die Fakten über den Waffenhandel zur Verfügung stellen – seinen Umfang, die teilweise verschlungenen Lieferwege und die schrecklichen Folgen. Bestimmte Waffenproduzenten in den Mittelpunkt zu stellen wird der Kampagne eine klare Stoßrichtung geben. Eine derartige Aktion muss von nichtstaatlichen Organisationen organisiert und weltweit koordiniert werden. Die NGOs sollten ihr Aktivisten-Netzwerk nutzen, um den Boykott dieser Firmen durchzuführen. ZC

„Du hast uns gerade noch gefehlt“

5555,55 – Die Mitgliederkampagne der DFG-VK/Von Roland Blach

Bie selten zuvor in meiner bald sechsjährigen Tätigkeit als Landesgeschäftsführer in Baden-Württemberg ist die Bereitschaft zur Mitarbeit an einem Projekt bzw. an einer Arbeitsgruppe von Anfang so groß wie bei der Kampagne zur Mitgliedergewinnung 5555,55 der DFG-VK, die vom Bundeskongress am 30. September beschlossen wurde.

Der Wortlaut des Beschlusses lautet: „Diese Kampagne zielt darauf ab, die Mitgliederentwicklung nicht nur zu stoppen, sondern den Trend komplett umzukehren. Ziele sind 5555 Mitglieder und 55 aktive Ortsgruppen, um die Basis der DFG-VK massiv auszuweiten. Dafür sind als Eckpunkte notwendig eine Neuausrichtung des öffentlichen Erscheinungsbildes (corporate design), insbesondere des Internets, die Entwicklung und Fortführung professioneller inhaltlicher Kampagnen, die Erarbeitung geeigneter Materialien zur Mitgliedergewinnung und eine moderne Geschäftsstelle, deren Mitarbeiter nicht nur verwalten, sondern konzeptionell arbeiten und politisch gestalten.“

Über das postwendend von Wolfgang Menzel (47, Bundessprecher, Offenburg, Mitglied seit 1978), Roland Blach (38, Landesgeschäftsführer, Stuttgart, Mitglied seit 2001) und Stephan Möhrle (17, Freiburg, Mitglied seit 2007) erarbeitete Konzept wurde auf dem Bundesausschuss Anfang Dezember sehr konstruktiv und produktiv diskutiert.

Jahrelang hat sich die DFG-VK nur darauf beschränkt, den Mitglieder- und Gruppenschwund zu beklagen. Diese Analyse ist zunächst einmal auch richtig und wichtig, hat der Verband aktuell noch 4.200 Mitglieder, davon etwa 4.000 Zahlende – ein Minus von über 2.000 in den letzten sechs Jahren. Dieser Trend ist zwar noch nicht gebremst worden. Professionelleres Arbeiten in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (z.B. ***ZivilCourage***, Bundesgeschäftsführer Monty Schädel, Kampagne „Schritte zur Abrüstung“, Relaunch der Homepage, verschiedene Projekte wie die Pacemakers u.a.) haben aber die Grundlage dafür geschaffen, nicht nur eine Kehrtwende in der Mitgliederarbeit einzuleiten, sondern dabei auch gleichzeitig ein Team-Gefühl zu erzeugen frei nach dem Motto von Bob der Baumeister (für die nach MTV-Generation): „Können wir das schaffen? Yo, wir schaffen das“.

5555,55

So ist denn auch die Zielsetzung sehr ambitioniert. Bis Ende 2009 soll die Mitgliederzahl der DFG-VK auf 5.555 angehoben werden. Aktive Gruppenarbeit mit Beteiligung von Jugendlichen (z.B. in Jugendclubs Courage) findet dann in 55 Städten und Regionen statt. Wichtige Voraussetzungen, um die Ziele zu erreichen, sind: Professionelles und zeitnahes Arbeiten der Bundesgeschäftsstelle und des Materialversandes, engagierte DFG-VK-Mitglieder auf allen Ebenen mit vielfältigem Engagement, Jugendarbeit, eine solide finanzielle Ausstattung für die Erstellung und Erarbeitung der Werbematerialien, eine professionell gestaltete und immer aktuelle Webseite. Schließlich ist notwendig, vielfältige Aktionsangebote und Materialien für verschiedene Zielgruppen bereitzustellen: Jugend, alte Mitglieder (aus KDV-Zeiten), Frauen, Nicht-Mitglieder, nicht en-

gagierte Mitglieder, engagierte Mitglieder.

Wir haben die richtigen Argumente in der Hand: US-Präsident Bush warnt vor einem 3. Weltkrieg im Falle einer atomaren Bewaffnung des Iran und modernisiert die eigenen Atomwaffenarsenale. Russlands Präsident Putin kündigt „grandiose“ Pläne zur atomaren Aufrüstung seines Landes und das Aussetzen wichtiger Abrüstungsverträge an. Afghanistan droht, zu einem zweiten Irak zu werden – und die Bundeswehr ist mittendrin. Viele Kriege weltweit werden mit den Massenvernichtungswaffen unserer Zeit, den Kleinwaffen, und mit völkerrechtswidrigen Waffen wie der Streumunition geführt – und deutsche Firmen verdienen mit.

Die ablehnende Haltung der Bevölkerung zum Krieg in Afghanistan zeigt: Die Menschen haben vom Morden genug. An uns liegt es, dieser Meinung in der Öffentlichkeit Ausdruck zu verleihen und die Menschen mit Kampagnen und Aktionen zum Mitmachen zu bewegen, um „Frieden schaffen ohne Waffen“ Wirklichkeit werden zu lassen und Kriegsursachen zu beseitigen.

Schon im März 2003 hatte der damalige Bundesausschuss sich einstimmig auf folgende Vision für die DFG-VK verständigt:

- Die DFG-VK ist eine moderne und lebendige Friedensorganisation mit Tradition, die einen umfassenden Friedensbegriff hat (Frieden, Gerechtigkeit und eine menschliche Zukunft).
- Die DFG-VK bleibt nicht beim „Nein“ stehen. Sie ist auch eine Pro-Organisation: Ihre Zielrichtung ist auf friedliche Alternativen zum Militär ausgerichtet.
- Sie ist auch eine Projektorganisation: Mit kleinen und großen eigenen Projekten zeigt sie Wege des Widerstand und exemplarisch Zukunftsperspektiven auf: z.B. Ziviler Friedensdienst, Energiealternativen, Pacemakers-Radmarathons, Bertha-von-Suttner-Preis, erste Friedensuniversität Deutschlands
- Methoden der DFG-VK sind u.a. Lobbyarbeit und Kampagnenarbeit, getragen vor Ort von lokalen Gruppen - mit moderner Geschäftsstelle zentral in einer Großstadt, hauptamtlichen Mitarbeitern, die nicht nur verwalten, sondern konzeptionell arbeiten und politisch gestalten.
- Die DFG-VK spielt eine zentrale Rolle in der deutschen Friedensbewegung, setzt Impulse und Maßstäbe und bringt so die Friedensbewegung in der BRD voran.
- Die DFG-VK wird in der Öffentlichkeit wahr- und als Organisation mit ihren Positionen und Experten ernst genommen.
- Die DFG-VK ist aktiver Teil der weltweiten Anti-Kriegs-, Friedens- und globalisierungskritischen Bewegung.
- Die DFG-VK ist attraktiv für lokale oder regionale Gruppen, die nicht nur die Politik der DFG-VK inhaltlich mit entwickeln, sondern optimal von der Bundesgeschäftsstelle bei ihrer Arbeit unterstützt werden.

Diese Arbeit braucht eine starke Bundesebene mit personellen und finanziellen Ressourcen und aktive Gruppen.

Als erste wichtige Entscheidung der Arbeitsgruppe steht die Auswahl des Mottos für die Kampagne an. Die Delegierten des nächsten Bundesausschuss am 1./2. März sollen über folgende Motti abstimmen:

- „DU hast uns gerade noch gefehlt! WIR legen den Krieg in Ketten“
- „Schließ die (Friedens)-Kette. Wir brauchen Dich“
- „Du hast uns gerade noch gefehlt! Schließ die Menschenkette“
- „Du hast uns gerade noch gefehlt! Nur friedlich denken ist zu wenig!“
- „Du hast uns gerade noch gefehlt!“
- „Nur friedlich denken ist zu wenig“

Auch Du hast die Möglichkeit mitzubestimmen. Schicke Deinen Favoriten per eMail bis 28. Februar an ba-wue@dfg-vk.de. Unter den Einsendungen verlosen wir einige schöne Preise.

Der weitere zeitliche Verlauf ist so geplant:

Bis Mai 2008: Ideenwettbewerb für die Erstellung eines Logos und evtl. eines kurzen Werbefilms für´s Internet. Ausschreibung über 400 bzw. 800 Euro.

7./8. Juni: Beschluss des Bundesausschuss über den Preisträger des Wettbewerbs

Juni/August 2008: Erstellung unterschiedlicher Materialien (neue Flyer, neue Broschüre, neue Werbepostkarte);

Foto: Stefan Philipp

Bereitstellung der zielgruppenorientierten Aktivitäten und Materialien im Internet, in der ZivilCourage, per eMail

August/September 2008: offizieller Start der Mitgliederkampagne mit Hinweisen in ZivilCourage, Internet, eMails etc., Mitgliederrundschreiben

Lasst uns mit diesen vielen Vorzügen und Argumenten die DFG-VK als attraktiven Anziehungspunkt für pazifistisch und antimilitaristisch interessierte und engagierte BürgerInnen ausbauen. Damit schaffen wir eine solide und dauerhafte finanzielle Grundlage für vielfältige Projekte und Kampagnen, mit denen es uns möglich sein wird, Druck zu erzeugen und unseren Einfluss in Politik und Gesellschaft geltend zu machen.

In der offenen Arbeitsgruppe haben bislang folgenden Personen konstruktive Beiträge, Maßnahmen und Methoden entwickelt und/oder sich zur Mitarbeit bereit erklärt: Stephan Möhrle (Freiburg), Wolfgang Menzel (Offenburg), Roland Blach (Stuttgart), Kai-Uwe Dosch (Hamm), Jürgen Grässlin (Freiburg), Gottfried Müller (Kiel), Manfred Diebold (Erlangen), Klaus Stampfer (Augsburg), Brunhild Müller-Reiß und Ralf Buchterkirchen (beide Hannover), Monty Schädel (Waren).

Roland Blach ist baden-württembergischer DFG-VK-Landesgeschäftsführer. ZC

Homepage soll ein Werbeträger für die DFG-VK werden

Internetauftritt komplett überarbeitet und neugestaltet/Von Monty Schädel

Bei zurzeit täglich etwa 1.000 Zugriffen sollte die Homepage der DFG-VK auch etwas über den Verband aussagen. Für viele ist sie die erste Begegnung mit unserem Verband und wirbt – so oder so – für die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen. Dieses im Hinterkopf und als Ziel vorgegeben, haben wir uns nach längerer Zeit zu einer kompletten Überarbeitung unseres bisherigen „Weltweit"-Auftritts entschlossen.

Neben den „üblichen" Medien (TV, Radio, Zeitungen), über die sich die DFG-VK auf Grund von Besitzverhältnissen und Interessen nur selten präsentieren kann, und unseren friedenspolitischen Aktionen, die oftmals vor allem viel Kraft und Zeit kosten, dabei aber auch nur selten den Weg in eine breite Öffentlichkeit finden, können wir jetzt auf ein weiteres Element zurückgreifen, das in der politischen Auseinandersetzung und Information zunehmend von Bedeutung ist.

Seit Jahren schon hatte es immer wieder Kritik an der oftmals als (höflich ausgedrückt) „unzureichend" bezeichneten Präsentation unserer Organisation im Internet gegeben. Mehrere Aktive der DFG-VK hatten in der Vergangenheit zwar ihre Kompetenzen in der Programmierung und Gestaltung eingebracht, mussten jedoch auf Grund persönlicher Entwicklungen und der Zuwendung zu anderen Aufgaben dieses Projekt wieder ab- bzw. aufgeben. Durch den Wechsel von vier Webmastern in den vergangenen Jahren entstanden auf unserer Homepage unterschiedliche Ordnungssysteme und Verknüpfungen. Teilweise waren sie nicht kompatibel miteinander, führten ins Leere und damit zu Unmut.

Diese technischen Probleme sollen jetzt alle behoben sein und somit dazu beitragen, dass Interessierte auch auf den DFG-VK-Seiten die gewünschten Informationen finden oder zu mindestens dort hingebracht werden. Abgesehen vom Technischen soll mit dem Relaunch aber auch Verbandsorganisatorisches der DFG-VK zum Ausdruck gebracht werden.

Die Mitglieder der DFG-VK, die alle die Grundsatzerklärung der WRI unterzeichnet haben, engagieren sich entsprechend ihren friedenspolitischen Interessen und regionalen Besonderheiten in vielen z.T. unterschiedlichen Bereichen der Friedensbewegung und tragen so mit dazu bei, dass die vielen Teilstücke des Weges zum Frieden aneinandergereiht werden. Nur in der Kombination und Kooperation unter Achtung der gleichen Wichtigkeit friedenspolitischen Engagements werden wir unser gemeinsames Ziel, die Ächtung des Krieges und aller Schritte, die dorthin führen, erreichen.

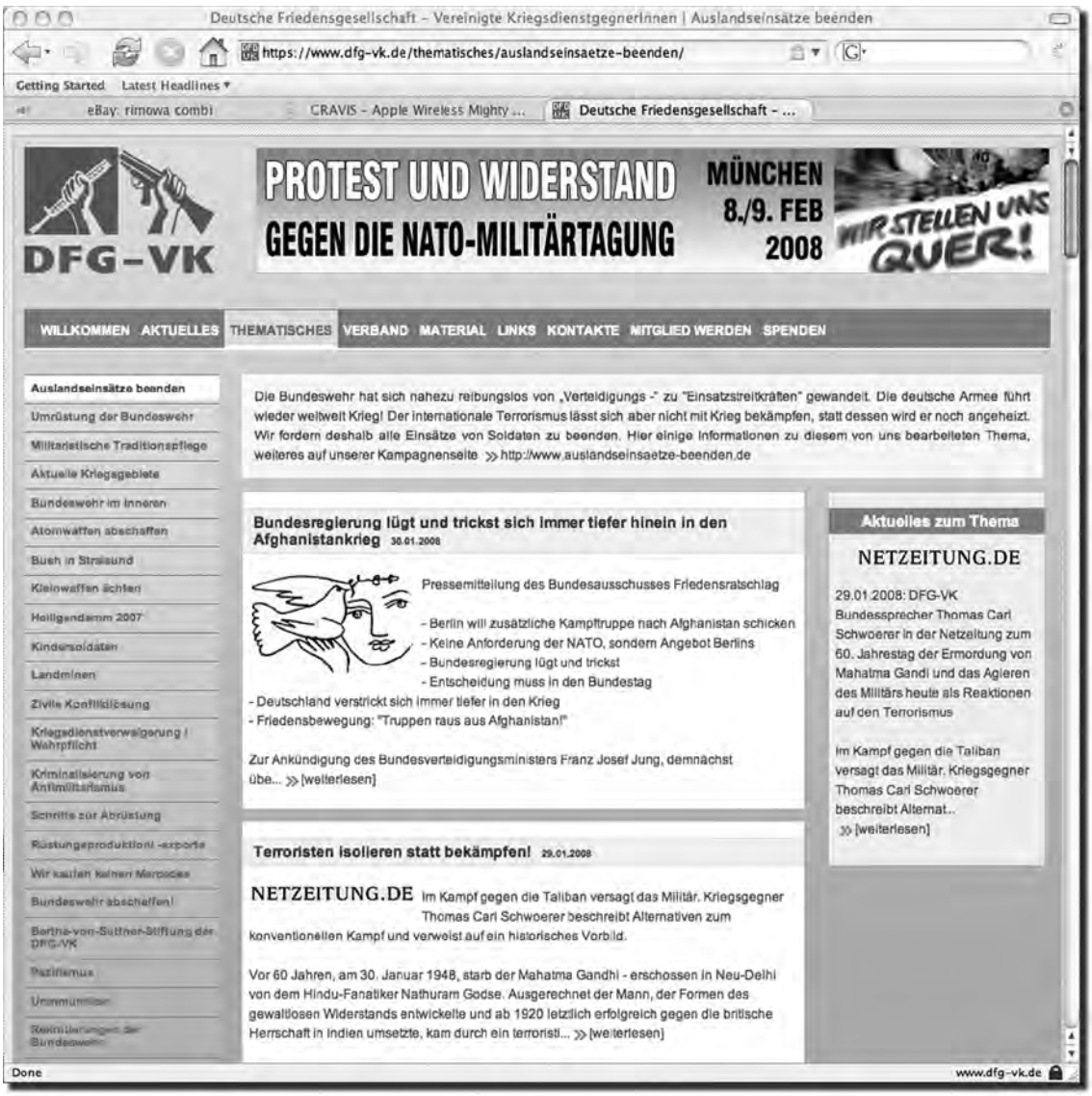
Mit der Auflistung von zurzeit *27 thematischen Bereichen*, die in der DFG-VK durch Aktive bearbeitet werden, können wir einerseits übersichtlich und leicht zu finden unsere gemeinsame friedenspolitische Arbeit in der DFG-VK darstellen, andererseits können sich alle DFG-VK-Aktiven und -Gruppen mit ihren Themen auch auf unserer Homepage wiederfinden. Die Stärke unseres Verbandes, in allen friedenspolitischen Themenbereichen kompetente Aktive zuhaben, ist so für jeden nachvollziehbar. Da DFG-VK-Mitglieder darüber hinaus (meist) nicht engstirnig sind und sich nur auf ihren Verband fixieren, sondern auch mit anderen in der Friedensbewegung zusammenarbeiten, erscheint dieses natürlich auch auf unserer Homepage. Inhaltlich zugeordnet haben wir auf unseren Seiten neben den Stellungnahmen aus unserem Verband auch eine Vielzahl an Informationen von unseren Bündnispartnern aus der Friedensbewegung. Damit wollen wir über unsere Homepage auch als Bindeglied zwischen unterschiedlichen Organisationen, manchmal auch unterschiedlichen Standpunkten, in der Friedensbewegung und der DFG-VK wirken.

Unter *Aktuelles* wurden vier Kategorien eingerichtet, in denen sich vier organisatorische-strategische Punkte der DFG-VK-Arbeit nach ihrer Aktualität wiederspiegeln. Unter *Informationen aus der DFG-VK* erscheinen alle aktuellen Arten von Nachrichten und Informationen aus unserem Verband; von Gruppen, Landesverbänden, dem Bundesverband. Dieses ist wichtig, denn auf der Verbandsseite sollten auch aktuelle Infos aus dem Verband schnell erkennbar werden. *Informationen aus der Friedensbewegung* gehören selbstverständlich auch in den aktuellen Bereich, denn wir verstehen uns als Teil der Friedensbewegung und nur, wenn wir gemeinsam mit anderen auch von außerhalb der DFG-VK-Gliederungen agieren, werden wir erfolgreich sein. Die jeweils aktuellste Eintragung dieser beiden Berei-

che erscheint als oberste Meldung auf der Startseite.

Im Bereich der *Aktionen* wird unter Aktuelles auf Aktionen der Friedensbewegung hingewiesen werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie aus der DFG-VK oder anderen Teilen der Friedensbewegung organisiert sind. Für eine Seite des Bundesverbandes sollen sie einen überregionalen Anspruch haben.

Unter *Interessante Meldungen* im Internet werden wir in Zukunft auf einige Meldungen und Informationen stoßen, die im Zusammenhang mit unserem Wirken stehen. Manchmal wird es der Hinweis auf Zeitungsartikel sein, manchmal der auf Stellungnahmen von Gewerkschaften, Verbänden, Parteien, Personen. Hier sollen Hinweise auf Interessantes im Netz erscheinen, denn man kann nicht ständig alles beobachten und übersieht es vielleicht..



In weiteren Bereichen der Homepage stellen wir unseren Verband in seiner *Geschichte* und seinen organisatorischen *Strukturen* vor. Unter *Kontakte* finden Interessierte die Adressen unserer Gliederungen.

Mit dem Bereich *ReferentInnen* wollen wir Interessierten die Möglichkeit geben, die DFG-VK und ihre Arbeit direkter kennenzulernen. Für Veranstaltungen unterschiedlicher Art kann hierüber der Kontakt zu friedenspolitischen Fachleuten hergestellt werden. Unter *Termine* können dann diese Veranstaltungen angeboten, andererseits nach Veranstaltungen in der eigenen Region gesucht werden. Der Terminkalender ist – und auch hier soll deutlich werden, dass wir als DFG-VK uns als Teil der Friedensbewegung verstehen – mit Informationen weit über die DFG-VK hinaus aufgefüllt. Durch die Unterstützung des Netzwerks Friedenskooperative Bonn können wir den wohl umfangreichsten friedenspolitischen Terminkalender im Internet auch auf unserer Seite mit anbieten. Durch die technische Verknüpfung wird es möglich, dass bei uns eingetragene Termin dann auch auf anderen Seiten mit angezeigt werden und somit eine größere Verbreitung finden können.

Trotz der durchgängig positiven Reaktionen auf die neue Seite, wobei selbstverständlich auch Kritik und Wünsche formuliert wurden, gab es auch häufige Fragen zur weiteren Entwicklung oder Vermisstem. Mit der Onlineschaltung unserer neuen Seite haben wir einen Schritt zu einem optimalen Internetauftritt getan. Aus finanziellen, aber auch organisatorischen Gründen ist mehr bisher nicht möglich gewesen, wenn es auch gewollt ist. So wird in den nächsten Wochen und Monaten weiter daran gearbeitet und es werden Veränderungen stattfinden.

In Kürze wird so auch wieder ein Mitgliederbereich auf unserer Seite zu finden sein. Interessierte können dort dann nicht nur die Protokolle des BundessprecherInnenkreises, des Bundesausschusses oder anderer Gliederungen nachlesen; Mitglieder können auch Diskussionsforen zu bestimmten thematischen oder organisatorischen Fragen einrichten. Ebenso soll es dann möglich sein, über einen Webshop Materialien und andere Erzeugnisse unseres Verbandes problemlos in unserem Materialvertrieb zu bestellen.

Dieses wird jedoch noch einige Wochen in Anspruchnehmen. Mit unserem neu gestalteten Internetauftritt haben wir aber über unsere tägliche Arbeit vor Ort und in regionalen oder bundesweiten Zusammenhängen hinaus auch jetzt schon ein weiteres Aushängeschild der DFG-VK geschaffen, mit dem sich vielleicht noch mehr Mitglieder identifizieren können, darauf hinweisen und so für unseren Verband und seine Ziele aktiv Werbung machen können.

Kritik, Ergänzungen und Fehlermeldungen, aber auch thematische Beiträge werden per eMail an den Bundesgeschäftsführer erbeten: *schaedel@dfg-vk.de*

Monty Schädel ist Bundesgeschäftsführer der DFG-VK.

ZC

DFG-VK-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
Kasseler Straße 1 A, D-60486 Frankfurt
Postvertriebsstück DP AG 1 H 5756 F Entgelt bezahlt

DFG-VK-Bundessprecher Grässlin versteigert Ex-Daimler-Chef

Dass Jürgen Grässlin ein erfolgreicher Autor ist und bereits mehrere Bestseller veröffentlicht hat, wissen vermutlich die meisten DFG-VK-Mitglieder. Dass ihr Bundessprecher aber nicht nur mit der PC-Tastatur gut umgehen kann, sondern auch mit dem Pinsel, vermutlich nur die wenigsten. Der Lehrer unterrichtet aber nicht nur Kunst, sondern produziert sie auch – bisher nur zu sehen in seinem Freiburger Haus, wo z.B. ein von Grässlin gemalter Gandhi oder eine Suttner hängen. Nun hat Grässlin beide „Hobbies" raffiniert miteinander verknüpft. Seine öffentlichen Äußerungen über den früheren Daimler-Boss Jürgen Schrempp haben ihm zahlreiche Prozesse eingebracht – und erhebliche Gerichtskosten. Nun ließ Grässlin sein Schrempp-Gemälde „Daimlers größter Kapital- und Arbeitsplatzvernichter" im Internet bei Ebay versteigern. Der Erlös von 3.610 Euro fließt in den Rechtshilfefonds der Kritischen Daimler-AktionärInnen. Ersteigert hat das Bild die Frau eines Baseball-Spielers in den USA, der Grässlins Schrempp-Biografie begeistert gelesen hatte. ... alles nachzulesen auf der neu eingerichteten Internetseite „Meinungsfreiheit versus Daimler" unter *www.daimler-prozesse.net*

TERMINE

Eine Übersicht über alle Ostermarsch-Veranstaltungen sind im Internet auf der Homepage des Netzwerks Friedenskooperative zu finden: www.friedenskooperative.de/om2008.htm

29. Februar bis 2. März, Bad Boll: Tagung „Evangelium und Satyagraha. Mit Jesus und Gandhi den Fundamentalismus überwinden"; Info: www.ev-akademie-boll.de

29. Februar bis 2. März, Erfurt: BSV-Jahrestagung 2008 „Ohne Waffen stark – Bewegung für Gewaltfreiheit"; Info: www.soziale-verteidigung.de

29. Februar bis 2. März, Rotenburg a.d. Fulda: 25-jähriges Jubiläum und Jahrestreffen 2008 des Netzwerks Friedenssteuer; Info: www.netzwerk-friedenssteuer.de

5. März, Braunschweig: Vortrag „Der unterhaltsame Krieg Militainment" – Die schleichende Militarisierung der Alltagskultur durch die Unterhaltungsindustrie, mit Peter Bürger (Theologe, Düsseldorf), 19 Uhr, Hoffmann-von-Fallersleben-Schule, Aula, Sackring 15; Info: www.ippnw-bs.de

7. bis 9. März, Berlin: Irak-Konferenz 2008 (aus Anlass des 5. Jahrestages des Irak-Krieges); Humboldt-Uni, Fritz-Reuter-Saal („Orchestersaal"); Info: www.irakkonferenz2008.de

Vortrag und Diskussion **„Kings gewaltfreier Kampf gegen Rassismus, Armut und Krieg"** mit Prof. Dr. theol. Heinrich Grosse (Hannover, Autor mehrerer Bücher über Martin Luther King; Grosse hat als Mitarbeiter in der US-Bürgerrechtsbewegung in den 1960-er Jahren M. L. King noch persönlich erlebt); **Termine: 31. März, Heidelberg; 1. April, Freiburg; 2. April, Offenburg; 3. April, Karlsruhe.** Die Veranstaltungsorte und Uhrzeiten können erfragt werden bei der DFG-VK-Gruppe Karlsruhe, Sonnhild und Ulli Thiel, Telefon 0721-55 22 70; Info: www.friedensbuendnis-ka.de

4. bis 6. April, Bonn: Tagung „10 Jahre Plattform Zivile Konfliktbearbeitung", Evang. Akademie im Rheinland, Haus der Begegnung, Mandelbaumweg 2 (Godesberg); Info: www.konfliktbearbeitung.net

9. April, Berlin: Mahnwache „Wir kaufen keinen Mercedes - Boykottiert Streumunition" vor dem ICC von 9-10 Uhr, anschließend Beteiligung an der Hauptversammlung der Daimler-Benz AG im ICC, Info: Dachverband Kritischer Aktionäre Daimler-Benz, www.kritischeaktionaere.de/51.html

12. April, Ansbach: Mitgliederversammlung des DFG-VK-Landesverbands Bayern; Info: www.dfg-vk.de/bayern

Weitere Termine im Internet unter:
www.friedenskooperative.de/termdat.html

Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 12 €. Frei Haus. Ausfüllen. Ausschneiden. Abschicken. Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 12.- € einschließlich Porto.

Vorname
Name
Straße
PLZ/Ort
Datum/Unterschrift ✘

Ich bezahle bequem per Bankeinzug

Konto BLZ
Bank

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der ZivilCourage-Redaktion, Postfach 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

✘
Datum Unterschrift

ZivilCourage-Abo

Bitte mit 45 Cent frankieren

POSTKARTE

An die ZivilCourage-Redaktion Postfach 900843 21048 Hamburg

Bitte ausschneiden und auf eine Postkarte kleben